Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52**, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **20** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 201. **Dienstag, den 29. August 1905.** 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Fleischschwelgerei und Brotwucher.

Die konservative Presse erfindet, um die Tatsache zu verhüllen, daß die deutsche Landwirtschaft den Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung nicht zu decken vermag, die seltsamsten Gründe für die jetzige Fleischnot. Neuerdings hat sie, nachdem ihr schon vor einiger Zeit die „Kreuzztg.“ die Richtung gezeigt hatte, eine allgemeine „Fleischschwelgerei“, einen Ueberkonsum des deutschen Volkes an Fleisch entdeckt, indem sie auf eine kürzlich vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Berechnung des deutschen Fleischverbrauchs in der Zeit vom 1. Juli v. Js. bis 30. Juni lauf. Js. hinweist. An und für sich ist diese Berechnung so wertlos, daß es sich kaum verlohnt, sie zu kritisieren, da aber die agrarische Presse sie als Trumpf ausspielt, ist es notwendig, die seltsame Rechnerei näher zu beleuchten.

Nach der Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Statistik sind in dem vorhin genannten Zeitraum 584 461 Ochsen, 477 994 Bullen, 1 607 931 Kühe, 867 457 Jungrinder, 4 514 613 Kälber, 14 960 401 Schweine, 2 313 872 Schafe und 441 877 Ziegen geschlachtet worden. Für diese einzelnen Viehgattungen nimmt nun der „Reichs-Anzeiger“ die durchschnittlichen Gewichtsziffern an, die 1900, als es sich um Einführung des Fleischbeschau-Gesetzes handelte, vom Deutschen Landwirtschaftsrat in einer Denkschrift als Normal-Schlachtgewichte angegeben worden sind, und berechnet daraufhin, daß im Jahre 1904/1905 aus gewerblichen Schlachtungen 2 536 602 395 Kilogramm Fleisch der deutschen Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden seien. Dazu kämen noch die sogenannten Hausschlachtungen, die nach der letzten Viehzählung vom 1. Dezember 1904 sich für das Jahr 1904 auf 31 860 Kälber, 89 361 Rinder, 628 271 Schafe, 5 933 124 Schweine und 734 151 Ziegen erstreckt hätten. Daraus ergäben sich weitere 582 354 895 Kilogramm Fleisch, zu denen ferner noch eine Mehreinfuhr von Fleisch und Fett von 134 493 800 Kilogramm hinzukäme, so daß der ganze Verbrauch sich auf 3 253 451 090 Kilogramm belaufe, d. h. bei einer Einwohnerzahl von rund 60 Millionen auf 50,4 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung.

Diese Berechnung ist es, die von der agrarischen Presse als „wissenschaftliche“ Leistung qualifiziert und als Trumpf ausgespielt wird. Tatsächlich zeugt die Leistung von einer derartigen Sachverständigkeit, daß man auf den Gedanken kommen könnte, unser Landwirtschaftsminister hätte sich das Rechenexempel im Schweiße seines Angesichts abgequält.

Erstens kann das Jahr 1904/05 überhaupt nicht als normales Schlachtjahr gelten, denn im Herbst und Winter vorigen Jahres erreichte infolge der Futternot die Zahl der Schlachtungen eine außergewöhnliche Höhe, während andererseits, wenn auch die Vorboten der Fleischnot schon Ende April dieses Jahres hervortraten, doch die eigentliche Fleischteuerung erst im Juni einsetzte. Der vom „Reichsanzeiger“ für seine Berechnung ausgewählte Jahreszeitraum ist also ein besonders günstiger. Um das zu beweisen, genügt es, einfach die Schlachtziffern des zweiten Halbjahres 1904 denen des ersten Halbjahres 1905 gegenüberzustellen. So wurden z. B. im zweiten Halbjahre 1904: 298 542 Ochsen, 466 295 Jungrinder, 7 908 721 Schweine und 1 378 060 Schafe geschlachtet gegen 285 919 Ochsen, 401 162 Jungrinder, 7 051 680 Schweine und 935 812 Schafe im ersten Halbjahr 1905.

Zweitens ist das vom Deutschen Landwirtschaftsrat angegebene Durchschnittsgewicht keineswegs einwandsfrei. Es ist die betreffende Denkschrift 1900 zu dem besonderen Zweck fabriziert worden, nachzuweisen, daß eine Zufuhr von fremdem Fleisch nach Deutschland nicht erforderlich ist, und bedarf es danach keines Beweises, daß die Gewichtsziffern nicht zu niedrig angesetzt sind. Außerdem aber hat der Rechenvirtuose des „Reichsanzeigers“, obgleich jeder weiß, daß die im Haushalt geschlachteten Tiere häufig, vielleicht darf man sogar sagen meist hinter dem Gewicht der Marktware zurückbleiben, doch für die Hausschlachtungen dieselben Durchschnittsgewichtsziffern bei seiner Berechnung angenommen.

Drittens verwechselt der Rechenkünstler in seiner Sachverständigkeit das Schlachtgewicht mit dem reinen Fleischgewicht. Unter Schlachtgewicht versteht man das Gewicht, das sich nach Abzug des Kopfes, der Haut, der Füße sowie der Organe der Brust-, Bauch- und Beckenhöhle ergibt; dagegen gehören die in den Tierhälften befindlichen Knochen mit zum Schlachtgewicht. Bekanntlich sind aber die Knochen, wie auch die Gelehrten des „Reichsanzeigers“ wissen dürften, nicht eßbar; sie müssen also, wenn das reine Fleischgewicht ermittelt werden soll, abgezogen werden.

Viertens berechnet der „Reichsanzeiger“ wohl die Mehreinfuhr von Fleisch und Fett, nicht aber die Ausfuhr von zubereiteten Fleisch- und Wurstwaren, von Fleischkonserven 2c. Auch diese Ausfuhr muß von der obigen Aufstellung abgezogen werden.

Diese Feststellungen genügen, um die Rechnung als im höchsten Maße tendenziös zu erweisen. Soll der wirkliche Fleischverbrauch ermittelt werden, müssen mindestens 25 Prozent von der Rechnung des „Reichsanzeigers“ gekürzt werden. Ungefähr 40 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung kann annähernd stimmen. Auch der Deutsche Landwirtschaftsrat, der sicherlich keinen Grund hatte, den Verbrauch zu niedrig zu berechnen, gelangte 1900 — allerdings ohne Berücksichtigung des Ziegenfleisches — nur zu einem Konsum von 38,8 Kilogramm pro Kopf. Und auch dieser Verbrauch bezieht sich natürlich nicht auf reines Fleisch — zu ihm gehören auch Fett, Schmalz und Talg sowie die übrigen aus Fleisch hergestellten Nahrungsmittel: Fleischkonserven, Fleischbrühen, Fleischsaucen usw.

Aber selbst, wenn die Berechnung richtig wäre, würde sie sicherlich nicht das Vorhandensein einer „Fleischschwelgerei“ beweisen. 100 Pfund Fleisch pro Kopf der Bevölkerung, also ungefähr ¼ Pfund pro Tag (mit Einschluß von Schmalz, Talg, Fleischbrühe usw.) ist sicher nicht übermäßig, besonders wenn man in Betracht zieht, daß in den sogenannten besseren Kreisen, und zwar gerade in den Kreisen der Großgrundbesitzer das vier-, fünf- und sechsfache konsumiert wird, und dementsprechend sich das auf die ärmeren Volksschichten entfallende Viertel beträchtlich vermindert und zum Achtel wird.

Zudem kommt für die Frage, wie die jetzige Fleischnot zu beseitigen und ihre Wiederkehr zu verhindern ist, gar nicht in Betracht, wieviel im letzten Jahre konsumiert worden ist. Es handelt sich darum, die Fleischteuerung zu beseitigen, die immer schwerer auf dem Haushalt des Arbeiters lastet. Selbst wenn die Arbeiterfamilie von vier, fünf oder sechs Köpfen ungleich bescheidener ist, als der „Reichsanzeiger“ herausrechnet, wenn sie sich mit einem halben Pfund Fleisch zum Mittagessen und einem viertel Pfund Wurst oder Fleisch zum Frühstück und Abendessen begnügt, kommt doch eine Mehrbelastung des Haushalts von einer Mark pro Woche heraus.

Deshalb die Grenzen auf! Was durch eine freie, nicht dem Profitinteresse der Agrarier dienende Einfuhr erreicht werden kann, beweist England, dessen Viehproduktion noch weit weniger als die deutsche den einheimischen Markt zu versorgen vermag — in den letzten Jahren bezog England ungefähr 60 Proz. seines Fleischbedarfs aus dem Ausland — das aber trotzdem weit niedrigere Preise hat als Deutschland. Im Durchschnitt der letzten Monate kostete z. B. auf dem Zentralfleischmarkt in London (die Preise in den Läden sind etwas höher) bestes schottisches Rindfleisch 54—57 Pf. pro engl. Pfund, Fleisch von amerikanischen, in England geschlachteten Rindern 48—52 Pf., amerikanisches gekühltes Rindfleisch vom Vorderviertel 26—40 Pf., bestes gefrorenes australisches Rindfleisch 25—27 Pf.; ferner bestes schottisches Hammelfleisch 61—65 Pf., bestes englisches Hammelfleisch 57—60 Pf., bestes Schweinefleisch 46—50 Pf. Nun hat allerdings das englische Pfund nur 453 Gramm; es müssen also zu den Rind- und Schweinefleischpreisen noch 3—5 Pf., zu den Hammelfleischpreisen noch 6 Pf. hinzugerechnet werden, aber immerhin stellen sich auch dann die Londoner Preise noch ganz beträchtlich niedriger als die Marktpreise in den deutschen Großstädten. Und doch hat auch England seine Einfuhrkontrolle, sogar eine sehr strenge. Allerdings verfolgt sie ausschließlich den Zweck, den englischen Käufer davor zu bewahren, daß er Fleisch von krankem Vieh erhält, nicht, wie der deutsche Seuchenschutz den Zweck, unter allerlei Vorwänden dem einheimischen Viehzüchter die fremde Konkurrenz vom Leibe zu halten.

Zu denselben Preisen könnte der deutsche Arbeiter auch seinen Fleischbedarf decken, wenn die Grenzabsperrungen und Zölle fielen; die Einfuhrverhältnisse stellen sich sogar teilweise noch günstiger für Deutschland als für England. Was der Arbeiter mehr bezahlen muß, bezahlt er zugunsten der Agrarier, derselben Menschenspezies, die ihm jede Verbesserung seiner Lebenslage verwehrt.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Der deutsche Katholikentag und die Sozialdemokratie. Ueber dieses Thema sprach am gestrigen Sonntag in der städtischen Markthalle zu Straßburg Genosse August Bebel in 2½stündiger Rede. Nach dem „Hdg. Corr.“ sind etwa **8000** Personen in dieser Versammlung anwesend gewesen. Demselben Blatt zufolge soll der Polizeikommissar mit Auflösung gedroht haben, als Bebel die Kaiserreise nach Tanger als Provokation Frankreichs bezeichnete.

Die Schlacht von Senne. Und es ist doch wahr, trotz der Ableugnungen und Vertuschungen der bürgerlichen Presse! Auf dem Truppenübungsplatz Senne ist blutig Krieg gespielt worden. Ein bayerisches Ulanenregiment hat das hessische Dragonerregiment Nr. 23 bei einer schneidigen Attacke so überrannt, daß eine Anzahl von Offizieren und Mannschaften schwerer oder leichter verwundet vom Platze getragen werden mußte. Der Kommandeur der Hessen stürzte von seinem Pferde und erlitt eine schwere Beinverletzung. Einer der Angreifer stürzte gleichfalls und erlitt eine Gehirnerschütterung. Andere kamen mit geringeren Verletzungen, Knochenbrüchen und Fleischwunden davon; über ihre Zahl ist nichts näheres bekannt, denn eine amtliche Verlustliste wird nicht veröffentlicht. Acht bis zehn Pferdeleichen deckten das Schlachtfeld.

Es ist nicht das erstemal, daß eine der neumodischen Kavallerieattacken zu Unglücksfällen geführt hat. Zum mindesten hat es in den letzten Jahren manche Manöver gegeben, über deren Verlauf nicht alsbald die seltsamsten Gerüchte entstanden wären. Diesmal scheint die Katastrophe einen solchen Umfang angenommen zu haben, daß ein Vertuschen vollends unmöglich geworden ist. Es bleibt daher den amtlichen Stellen, nach deren Berichtigung die staatserhaltende Presse inbrünstig schreit, nichts anderes übrig, als die Rolle des roten Fuchses zu spielen.

Ihre Situation ist allerdings äußerst peinlich. Alle Welt weiß, daß die großen Ballette zu Pferde, die bei Manövern häufig aufgeführt werden, nicht den geringsten Wert für die kriegsmäßige Ausbildung besitzen; unabhängige Militärschriftsteller ergehen sich in den respektlosesten Bemerkungen über die Siege dieser heldenhaften stürmenden Kavalleriemassen, von denen im Ernstfalle das feindliche Schnellfeuer keinen Mann und kein Roß lebendig ans Ziel kommen ließen. Und es ist nicht minder bekannt, daß diese zwecklosen Uebungen die an ihnen beteiligten Mannschaften in hohem Maße gefährden, daß es zumeist bei diesen Attacken eng zusammengedrängter Reitermassen, wenn es noch leidlich gut abläuft, immer doch ein paar gebrochene Knochen gibt. Trotzdem hat keine Kritik weder in der Presse noch im Reichstag gegen diesen Paradedienst etwas auszurichten vermocht.

Die Schlacht von Senne kann unmöglich ohne weitere Folgen bleiben; sie wird zweifellos im Reichstag zum Gegenstand einer recht gründlichen Erörterung gemacht werden müssen. Zunächst aber ist dringend erforderlich, daß eine wahrheitsgemäße amtliche Darstellung jener Vorgänge veröffentlicht wird, aus der auch zu ersehen ist, wer an dem Unglück eigentlich die Schuld trägt und ob dieser Schuldige zur Verantwortung gezogen werden wird. Der Tod des Soldaten auf dem Schlachtfelde wird ja vor drastischen Vergleichen durch die sittliche Entrüstung der bürgerlichen Presse geschützt. So weit sind wir aber doch noch nicht, daß der „Heldentod für Kaiser und Reich“, wenn er auf dem Manöverfelde erlitten wird, gleichfalls zu den Heiligtümern der Nation gezählt wird.

Uebrigens ist es auch noch bei einem andern Kavallerie-Manöver blutig zugegangen. Aus Bonn wird gemeldet: Am Montag kamen bei den Kavallerie-Uebungen auf der Hangelarer Heide mehrere Unfälle vor. Ein Kaufmann aus Bonn, der sich als Zuschauer eingefunden hatte, wurde von einer Schwadron überritten und sehr schwer verletzt. Ein Soldat des Deutzer Kürassier-Regiments stürzte und brach ein Bein.

Es wird abgewiegelt von wegen der besonderen „Kolonialarmee“. Nach der „Neuen Politischen Korrespondenz“ ist die Meldung von einer ausgearbeiteten und demnächst einzubringenden Vorlage über eine Aenderung in der militärischen Organisation unserer Kolonien nicht zutreffend. Zur Erläuterung heißt es: „Die Frage einer Kolonialarmee wird nicht von heute zu morgen entschieden werden können, und es empfiehlt sich schon garnicht, etwa im Anschluß an die jetzt aus Deutsch-Ostafrika gemeldeten neuen Wirren an die beschleunigte Schaffung einer solchen Truppe heranzugehen. Von den zahllosen Erwägungen, Momenten und Personen abgesehen, welche hier mitzusprechen haben, warnen alle von uns und auch anderen Kolonialstaaten bislang gemachten Erfahrungen vor einer schlechterdings mit Rücksicht auf nicht normale Ereignisse vorgenommenen grundlegenden Organisationsänderung.“ — Tatsache ist, daß wir auch ohne eine provozierende Kolonialarmee von einem Kolonialmalheur zum anderen gejagt werden.

Gegen den Fleischwucher wollen die Fleischermeister eine Massenprotestkundgebung veranstalten. Der Vorstand des Vereins der Fleischermeister Berlin O. erläßt nämlich einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Die ungeheure Notlage, in der sich gegenwärtig das Fleischergewerbe überall im Deutschen Reiche infolge der jetzt schon seit längerer Zeit anhaltenden außerordentlichen Vieh- und Fleischteuerung befindet, macht es notwendig, auf Maßnahmen zu sinnen, um eine Besserung unserer schwierigen Lage herbeizuführen. Wir richten deswegen an alle Kollegen im Reiche das Ersuchen, Anfang September in Berlin zu einer Beratung über die zu ergreifenden Schritte zusammenzutreten. Durch eine Massenkundgebung von Tausenden Meistern soll an zuständiger Stelle zum Ausdruck gebracht werden, daß ein vollständiger Ruin unzähliger Fleischer in kurzer Zeit eintreten muß, wenn nicht rasche Hilfe geschaffen wird. Alle Innungen und Vereine, die zu der geplanten Versammlung Innungsdelegierte entsenden, sowie einzelne Meister, die teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre An-

meldung an den Fleischermeister Paul Rossbab, Berlin NO., Weberstraße 60, zu bewirken."

Der ostafrikanische Aufstand dehnt sich immer weiter aus. Nach einem Telegramm des Kommandanten des „Bussard" vom Nachmittag des 25. August hat sich der Aufstand im Süden Ostafrikas auf den Lindi-Bezirk ausgedehnt und ist die Stadt Lindi selbst bedroht. Der „Bussard" hatte sich nach Sadani begeben, da in Usegna die Bevölkerung infolge der Gerüchte, daß durch den Aufstand im Süden die ganze Schutztruppe und der „Bussard" in Anspruch genommen seien, eine unruhige Haltung angenommen hatte. Das Erscheinen des „Bussard" machte einen günstigen Eindruck auf die Bevölkerung. Nachrichten aus dem Süden veranlaßten jedoch den „Bussard", am 25. d. M. nach Lindi in See zu gehen. — Weiter meldet derselbe Kommandant: Oberleutnant zur See Paasche hat auf dem Marsche nach Mtansa die Aufständischen bei Kipo, 10 Kilometer westlich von Kowoni, überrascht auf dem Norduser des Rufiji, als sie den Vormarsch nach Kowoni antreten wollten. Der Feind, etwa 1000 Mann stark, davon die Hälfte mit Gewehren bewaffnet, hat 73 Tote auf dem Norduser gelassen; viele sind ertrunken. Danach ist er nach dem Süduser geflohen und hat sich dort versteckt. — Auch Ostafrika wird dem deutschen Volke Hekatomben an Menschenleben kosten!

Ein „Fortschritt". Die „Hamburger Nachrichten" erhalten aus Berlin eine anscheinend inspirierte Mitteilung über den Rücktritt Leutweins. Dieser sei aus rein militärischen Gründen erfolgt. Leutwein hätte, obgleich keine nennenswerte Beeinträchtigung seiner Felddienstfähigkeit vorliege, keine anderweite Verwendung im Heere gefunden, weil er bei seinem Eintreffen in Berlin und seinem Wunsche, unter günstigen Verhältnissen in den alten Wirkungskreis wieder zurückzukehren, zu wenig ein Hehl gemacht und sich zu nachdrücklich zur Verfügung gestellt habe, was nach Lage der Verhältnisse und der ihm gewordenen Behandlung für unsoldatisch angesehen wurde. Wenn General v. Trotha eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber gelegentlichen Angriffen des Reichskanzlers an den Tag gelegt habe, so werde dies damit erklärt, daß Trotha mit der Ueberzeugung Trier verlassen habe, er unterstehe dem Kaiser und dem Chef des Generalstabs. Die Opposition, die sich in Berlin gegen dies System Trothas geltend mache, habe keine Spitze gegen seine Person. Diese scharfsinnige Unterscheidung zwischen einem System und seinem Träger ist ja sehr erfreulich. Leider stellt sie sich immer nur dann ein, wenn es sich um „Kulturträger" vom Kaliber eines Trotha handelt. Im Kampfe gegen die wirklichen Kulturträger, d. h. gegen die Sozialdemokratie, hat man von dieser Unterscheidungsgabe nie etwas zu spüren bekommen. Im Gegenteil, dort sucht man immer die Personen zu vernichten, um das System zu treffen.

Die Finanzreform wird nicht so schnell den Reichstag beschäftigen, wie man eigentlich annehmen mußte. Offiziös wird verkündet, daß der Bundesrat sich mit dieser „Reform" noch nicht befaßt hat. Die Ferien des letzteren dauern in der Regel bis Oktober; „es ist nicht bekannt geworden," heißt es offiziös, „daß er sie diesmal früher als in anderen Jahren beenden würde. Dann erst ist die maßgebende Entscheidung über die Finanzreformvorlage zu erwarten." — Warum auch sollen sich die Herren überstürzen? Die Finanz„reform" wird dem deutschen Volke immer noch viel zu früh beschert werden. Etwas anderes als neue Mehrbelastungen kommt ja dabei doch nicht heraus.

Für die Armen das — Aas! Die Stadtverwaltung in Ulm beriet über die Fleischnot und wie diese Not bezw. Teuerung für die „ärmere Bevölkerung" gelindert werden könne. Ein Polizeirat beantragte die Anschaffung eines Apparats, womit das Fleisch, das für die Freibank nicht mehr tauglich ist und bisher verscharrt werden mußte, „gedünstet" wird, so daß es für die ärmere Bevölkerung ein sehr billiges Nahrungsmittel abgeben könne. Der größte Teil der Stadträte konnte sich aber für diese Lösung der Fleischteurung nicht recht erwärmen. Ein Stadtrat, der Fleischer von Beruf ist, meinte, es sei das Fleisch auf der Freibank schon nichts wert und er möchte selbst der ärmeren Bevölkerung nicht zumuten, noch schlechteres zu essen. Das sei ein Fleisch, welches schon Ekel errege, wenn man es bloß ansehe! Die Stadtverwaltung beschloß schließlich, einmal eine Probe mit solchem Fleisch zu machen bezw. machen zu lassen. Selber wollen die Stadtväter diese Leckerbissen natürlich nicht kosten. Aber das hungernde Volk — so hoffen sie — wird sich auf das Aas stürzen!

„Ressortgemäß, nicht naturgemäß." Dabei bleibt es! Der erste Bürgermeister von Königshütte übersendet dem „B. T." die beglaubigte Abschrift der in den letzten Tagen vielgenannten Kanzlerdepesche mit der Bitte, den authentischen Text zu veröffentlichen. Hier ist das ehrwürdige Dokument, das da einstmals Kunde geben wird von Pods Allmacht und Bülows Ohnmacht:

„PC. — an die Herren — — Bürgermeister Stolle in Königshütte. Norderney 1905, den 15. August um 3 Uhr 26 Minuten nachmittags. Die Entscheidung in der Frage einer Erhöhung des Kontingents der russischen Schweine steht ressortgemäß dem Herrn Landwirtschaftsminister zu. Nachdem dieser nach eingehender Erwägung und Prüfung sowohl der gegenwärtigen Preis- und Absatzverhältnisse als auch der Interessen des Konsums eine Erhöhung des Kontingents abgelehnt hat, sehe ich mich außer stande, Ihren Wünschen zu entsprechen und muß daher zu meinem Bedauern bitten, von einem Besuche bei mir Abstand zu nehmen. Reichskanzler Fürst Bülow."

Nun ist der „große" Streit geschlichtet, und Ruhe wieder eingekehrt in die erregten Gemüter. Aber an der traurigen Tatsache des unausgesetzten Steigens der Fleischpreise ändert der Umstand nichts, daß „Pod" „ressortgemäß" und nicht etwa „naturgemäß" die Grenzen zugunsten der agrarischen Viehzüchter und Viehmäster schließt.

Ein „gefährlicher" Mensch scheint der polnische Reichstagsabgeordnete Buchdruckereibesitzer Viktor Kulerski zu sein. Die Staatsanwaltschaft in Graudenz hat hinter ihm einen Steckbrief erlassen. Gegen K., der „sich verborgen hält", ist die Untersuchungshaft wegen Aufreizung zum Klassenhaß verhängt. Er hat, wie es weiter in dem Steckbrief heißt, Graudenz beziehungsweise Berlin vor mehreren Wochen verlassen, hat sich hierauf kurze Zeit in Bern in der Schweiz aufgehalten und ist dann spurlos verschwunden.

Wieder ein agrarischer Krach. Aus Halle wird der „Frankf. Ztg." gemeldet: „Schon wieder ist über den Zusammenbruch eines ländlichen Genossenschaftsunternehmens (diesmal ist es keins Raiffeisenscher Observanz, sondern gehört dem Haasschen „Reichsverband" an) zu berichten. Vor einigen Wochen nahm sich der Amtsvorsteher, Gutsbesitzer und Rittmeister d. L. Reußner das Leben. Reußner war Direktor der Spar- und Darlehnskasse zu Kraspe bei Delitzsch, gleichzeitig auch der Brennereigenossenschaft. Die genossenschaftliche Spar- und Darlehnskasse zählt nach der Statistik der preußischen Zentralgenossenschaftskassen nur 26 Mitglieder. Der Geschäftsanteil beträgt nur — 1 Mark (!), und es sind bei beschränkter Haftpflicht 548 Anteile ausgegeben. Das eigene Kapital betrug etwa 600 Mark, die Reserve etwa ebensoviel, die Haftsumme aber 137000 Mark. Die ermittelte Unterbilanz wird auf etwa 120000 Mark beziffert, muß also zur Einforderung der Haftsumme, kann aber, da Reußner selbst jedenfalls mit einer größeren Zahl von Anteilen beteiligt war, nicht einmal zur Deckung des Verlustes führen. Ein Genossenschafter zum Beispiel, der sechzig Anteile hat, wird mit 24000 Mk. in Anspruch genommen. Der Verlust ist offenbar teils durch eine strafwürdige Kreditgewährung, teils vielleicht sogar durch direkte Unterschlagung herbeigeführt. Die ganze Angelegenheit wurde bisher nach Kräften geheim gehalten. Volles Licht kann erst der Verlauf der Regulierung bringen. In orientierten Kreisen nimmt man an, daß die Kasse schon seit sechs bis acht Jahren insolvent gewesen ist oder mit ungenügend gedeckten Außenständen gearbeitet hat. Trotzdem hat die von der Landwirtschaftwirtschaftskammer in Halle ausgeübte „Revision" immer alles in bester Ordnung befunden! Ueber Reußners Vermögen ist unterm 9. August der Konkurs eröffnet worden. Es liegt, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, eine Ueberschuldung von etwa 60 Prozent vor." — So wirtschaften agrarische Unternehmungen, die den aus allgemeinen Mitteln gebildeten Staatskredit im weitesten Umfange in Anspruch nehmen.

Nicht auf „höhere" Weisung, sondern aus eigener Initiative will Kolonialdirektor Stübel seinen Urlaub unterbrochen haben. Tatsache ist allerdings, daß Personalveränderungen in absehbarer Zeit zu erwarten sind. So wird der Geheime Legationsrat Dr. Helfferich demnächst aus dem Kolonialamt ausscheiden, um in die Leitung der Bagdadbahn einzutreten. Ferner dürfte der Wirkliche Legationsrat Golinelli, der mehrere Jahre hindurch in Südafrika geweilt hat, dazu ausersehen sein, v. Lindequist in Kapstadt zu ersetzen.

Die Spritzfahrt der Reichstags-Abgeordneten nach den afrikanischen „Gefilden" hat einem Teilnehmer, dem nationalliberalen Abg. Fries, das Leben gekostet. Am 24. August ist derselbe an Gehirnschlag infolge Arterienverkalkung, an der er schon seit längerer Zeit gelitten haben soll, gestorben. — Infolge dieses Todesfalles ist in dem Wahlkreise Eisenach-Dermbach eine Ersatzwahl notwendig. Bei der Hauptwahl erhielt Genosse Leber 6018, Fries 3585, Antisemit 2148, Freis. Volkspartei 2049, und der Zentrumskandidat 1313 Stimmen. In der Stichwahl, bei der alle übrigen bürgerlichen Parteien geschlossen für Fries stimmten, siegte dann Letzterer mit 8560 gegen 7835 sozialdemokratische Stimmen. Der Kreis ist also für uns ziemlich aussichtsreich.

Dänemark.

Nach deutschem Muster. Der Redakteur des in Kopenhagen erscheinenden anarchistischen Blattes „Skorpion", namens Rasmussen, wurde wegen einer Reihe heftiger Auslassungen in seinem Blatte und in Versammlungen verhaftet. — Die dänischen Behörden scheinen sich auch die deutschen Begriffe von Preßfreiheit angeeignet zu haben.

Schweden.

Zu Delegierten für die Verhandlungen zwischen Schweden und Norwegen wurden ernannt: von Schweden: Ministerpräsident Lundeberg, der Minister des Aeußeren Graf Wachtmeister, Kultusminister Hammarskjöld und Staatsrat Staaff; von Norwegen: Ministerpräsident Michelsen, der Minister des Aeußeren Løvland, der Präsident des Storthings Berner und der frühere Staatsrat Vogt. Die erste Sitzung findet am 31. August nachmittags in Karlstadt statt.

Rußland.

Die Verfassungskomödie. Einen wie geringen Einfluß die Volksmasse selbst auf die beratende Reichsduma haben wird, sieht man aus den bereits jetzt zur Kenntnis gelangenden Zahlen über die Wahlberechtigung. So wird mitgeteilt, daß in Kiew, einer Stadt von etwa 300000 Einwohnern, nur 7000 Wähler, in Odessa mit über 1/2 Millionen Einwohnern nur ebensoviele (darunter 5000 Hausbesitzer), in Moskau mit weit über 1 Million Einwohnern 11 1/2 bis 12000 und schließlich in Petersburg mit beinahe 1 1/2 Millionen nur 7500 Wähler zur Wahlurne werden schreiten dürfen. Man muß dabei bedenken, daß unter dem allgemeinen Wahlrecht in solchen Städten wie Moskau oder Petersburg etwa 250000 bezw. 350000 Personen wählen würden.

Henkersarbeit. Vor dem Kriegsgerichten in Libau standen 139 Matrosen der Kriegsflotte wegen Meuterei, deren sie sich im Juni dieses Jahres schuldig gemacht hatten. Das Gericht verurteilte acht zum Tode, beschloß aber, die Umwandlung der Todesstrafe in 15jährige Zwangsarbeit nachzusuchen. Neunzehn der Angeklagten wurden zu 3- bis 5jähriger Zwangsarbeit und 35 zu leichteren Strafen verurteilt, 77 Matrosen wurden freigesprochen.

4500 Arbeiter sind in den Posmanskischen Fabrikanstalten in Lodz in den Ausstand getreten, nachdem ihre Forderung auf Lohnerhöhung abgelehnt wurden.

Wie reizend! Der kleine Zarewitsch, der einjährige „Hetmann der Leibgardekosaken", feierte am 12. d. M. sein erstes Geburtstagsfest. Diese Gelegenheit benutzten die Leibgardekosaken, den Zaren zu bitten, ihrem kleinen Chefchen ein Heiligenbild überreichen zu dürfen. Der Zar genehmigte diese Bitte, und so fand vor einigen Tagen in Peterhof eine feierliche Zeremonie statt, wobei der Zar den Thronfolger fast 1 1/2 Stunden lang auf den Armen trug. An die schwungvolle Rede des Generalmajors Werschinin, der das Heiligenbild dem Thronfolger persönlich überreichte, antwortete der Zar (nicht der Thronfolger. Red.): „Ich danke Ihnen für die warmen Gefühle. Uebermitteln Sie von mir, der Kaiserin und dem Thronfolger unseren Dank den Offizieren und Kosaken. Ihr Heiligenbild wird den Thronfolger überall begleiten." Alsdann ging der Zar die Reihen entlang, sprach mit jedem der Anwesenden, die Wachtmeister nicht ausgeschlossen, (wie „herablassend"!) und übergab jeden den Thronfolger auf kurze Zeit. Im Anschluß daran fand im naheliegenden Ort Nikolaewka bei dem dort postierten Leibgardekosakenregiment ein Fest statt, wobei jedem eine Photographie des dem Thronfolger überreichten Heiligenbildes verabreicht wurde. — Es ist rührend, wenn man dran wackelt!

Das russische Proletariat und die Duma. Die Frage, welche Haltung das russische Proletariat bei den Wahlen zur Duma einnehmen werde, beantwortet der Genosse Martoff, Redakteur des „Iskra", in der „Wiener Arbeiterzeitung". Nach dem Plane der „Iskra" sollen die Arbeiterorganisationen die Initiative zur Gründung von Volks-Agitationskomitees, die von allen mit der zarischen „Reform" nicht zufriedengestellten Elementen der Bevölkerung zu wählen sind, ergreifen. Durch den Druck dieser Komitees und der hinter ihnen stehenden Massen, die aktiv ja an der Wahl nicht teilnehmen können, sollen die Wähler in dem Sinne beeinflußt werden, daß in die Duma nur entschiedene Anhänger der demokratischen und freien Vertretung gewählt werden. Dabei trachten die Komitees außerhalb der „legalen" Vertretung eine illegale Vertretung zu schaffen, die in einem bestimmten Moment bereit ist, vor dem Land als provisorisches Organ des Volkswillens aufzutreten. Ob es dazu kommt oder nicht, die Bewegung auf diesem Wege, so meint Martoff, wird die Organisation der revolutionären Selbstverwaltung schaffen, die den Rahmen der zaristischen Legalität bricht und Grundsteine zu dem kommenden Triumphe der Revolution legt. — Eine abweichende Taktik empfiehlt der „Proletarier", das neue Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie (Leninsche Richtung). Es schreibt: „Die Einberufung der grob-gefälschten „Volks"-Vertretung gibt uns den besten Anlaß, um den breitesten Massen der Bevölkerung klar zu machen, daß eine echte Vertretung ist nach solchem Bruch und Hohn von seiten des Zaren — nur von einer provisorischen revolutionären Regierung einberufen werden kann, und daß für die Schaffung einer solchen der Sieg des bewaffneten Aufstandes und tatsächliche Umstürzung der zarischen Gewalt Vorbedingung ist. Einen besseren Moment für die breite Agitation zugunsten des bewaffneten Aufstandes kann man sich nicht vorstellen und für diese Agitation unentbehrlich ist volle Klarheit über das Programm der revolutionären Regierung. Dieses Programm besteht aus folgenden Punkten: 1. Einberufung der allgemeinen konstituierenden Versammlung; 2. Bewaffnung des Volkes; 3. politische Freiheit, d. h. sofortige Abschaffung aller ihr zuwiderlaufenden Gesetze; 4. vollständige kulturelle und politische Freiheit aller unterdrückten und nicht vollberechtigten Nationalitäten. Das russische Volk kann nicht die Freiheit für sich selbst erkämpfen, ohne für die Freiheit anderer Völker zu kämpfen; 5. achtstündiger Arbeitstag; 6. Einrichtung von Bauern-Komitees zum Zwecke der Durchführung aller demokratischen Reformen, die agrarischen Reformen und die Konfiskation der gutsherrlichen Privilegien einbegriffen . . ."

Die Revolution in den russischen Ostseeprovinzen. Aus Petersburg wird die nachstehende offiziöse Darstellung über die letzten Vorgänge in den Ostseeprovinzen verbreitet: „Eine umfangreiche Mitteilung des Polizeidepartements weist darauf hin, daß die wirtschaftliche Bewegung unter den Letten der Ostseeprovinzen infolge der Agitation der lettischen sozialdemokratischen Partei und des sozialrevolutionären Arbeiterverbandes in letzter Zeit revolutionären, häufig sogar anarchistischen Charakter angenommen habe, verbunden mit völliger Mißachtung der Religion, des Menschenlebens und des Privateigentums. (So etwas kommt doch sonst nur bei der russischen Regierung vor! Red.) An der Agitation gegen die Regierung habe sich bis in die jüngste Zeit auch die in Petersburg erscheinende „Lettische Zeitung" beteiligt. Besonders nachdrücklich, so läßt sich die Mitteilung des Polizeidepartements weiter aus, tritt die Bewegung seit 1905 hervor. In den letzten drei oder vier Monaten sind in den Straßen der Städte Kurlands und Livlands vier Mordanschläge auf Amtspersonen, vier Ueberfälle auf Privatleute, sechs Anschläge auf Polizisten, und drei auf Kosakenpatrouillen vorgekommen, wobei in zwei Fällen Bomben geschleudert wurden. In Riga wurde der Versuch gemacht, die Füllabteilung einer Patronenfabrik in Brand zu stecken. Aus den Städten drang die revolutionäre Bewegung in das flache Land Livlands und Kurlands, wo ebenfalls anarchistische Erscheinungen zu Tage traten. Seit April entwickelte sich die Bewegung schnell. In den lutherischen Kirchen begannen Kundgebungen, die sich im Mai und Juni fast jeden Sonntag wiederholten. Ende Juli nahm die Bewegung einen äußerst bedrohlichen Charakter an, die Agitatoren gaben den Bauern Waffen, die sie offenbar in großer Zahl besaßen. Im Kreise Mitau verwüsteten die Landarbeiter an einem Tage neun Amtsbezirke und steckten die Gebäude dreier Amtsbezirksverwaltungen in Brand, nachdem sie verschiedene Dokumente, Akten und das Bild des Kaisers auf die Straße geworfen hatten. Nach den neuesten amtlichen Meldungen nehmen in letzter Zeit die Versuche, Eisenbahnlinien teilweise zu zerstören, zu. Wie die Behörden feststellen, bestehen die revolutionären Banden meistens aus Knechten, die von den Agitatoren einzeln oder zu zweien aus verschiedenen Gütern angelockt werden. Die Banden kennen die eigentlichen Führer nicht, die das Volk terrorisieren und zu Verbrechen zwingen. Als Sitz der Leiter der Bewegung wird Riga angenommen, wo die Lage seit dem 28. Juli äußerst beunruhigend ist." — Daß die Aufständischen von der alles Heilige und Hohe mit Füßen tretenden russischen Regierung erst das „Terrorisieren" und den Gebrauch brutaler Gewaltmittel gelernt haben, das wird in der polizeilichen Darstellung natürlich wohlweislich verschwiegen. Ohne die schändliche Mißwirtschaft in Rußland, unter der das gesamte russische Volk stöhnt und seufzt, wäre eine revolutionäre Bewegung, wie sie jetzt um sich gegriffen hat, niemals entstanden. Schließlich hat diese Bewegung doch nur das eine Ziel: Rußland von seinen verbrecherischen Ausbeutern und Bedrückern zu befreien.

Italien.

Nach dem Beispiel des Potemkin. Das Giornale d'Italia bestätigt eine Nachricht, daß an Bord des Giovanni Bausan" eine Revolte ausgebrochen sei. Infolge schlechter Behandlung hat die Besatzung gedroht, dem Beispiele der Matrosen des „Potemkin" zu folgen.

Rußland und Japan.

Die Friedensverhandlungen kommen nur sehr langsam von der Stelle. Nach Unterzeichnung der Protokolle der früheren Sitzungen vertagte sich Sonnabend die Friedenskonferenz auf Montagnachmittag 3 Uhr. Aus St. Petersburg empfingen die russischen Delegierten die Meldung, daß der Zar gewillt sei, die Nordhälfte von Sachalin abzutreten und die Kosten für die Verpflegung der Kriegsgefangenen zu bestreiten.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 28. August 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

300 Mark Belohnung sichern die Streikleitungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter demjenigen zu, der den Verüber, der auf den Zirkus Reuterkrug begangenen Untat so nachweist, daß derselbe gerichtlich belangt werden kann.

Zum Streik im Baugewerbe. In den am Sonntag den 27. August abgehaltenen Versammlungen der streikenden Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter wurde, nachdem eingehend über die Streiklage gesprochen worden war, mit großer Majorität beschlossen, den Streik weiter zu führen. Die in auswärtigen Blättern veröffentlichten gegenteiligen Meldungen entbehren jeder Begründung.

100 Mark Belohnung. Am 22. ds. Mts., abends gegen 11 Uhr, ist von dem Gerüst des Neubaues „Zirkus Reuterkrug" ein Wenzbaum soweit durchsägt worden, daß bei einem Betreten des Gerüstes der Wenzbaum durchgebrochen und ein Hinunterstürzen der auf dem Gerüst befindlichen Personen unvermeidlich geworden wäre. Das Polizeiamt sichert demjenigen, welcher den Täter zur Anzeige bringt oder zur Ermittelung desselben so beiträgt, daß dieser zur Bestrafung gebracht werden kann, eine Belohnung von Einhundert Mark zu. Die Entscheidung über eine etwaige Teilung der Belohnung, falls mehrere zur Ermittelung des Täters mitwirken, bleibt vorbehalten.

Das Pflücken von Brombeeren, Haselnüssen usw. wurde seit langen Jahren von ärmeren Leuten, sowie von Sonntagsausflüglern mit besonderer Vorliebe vorgenommen, ohne daß deshalb wesentliche Beschwerden erfolgt wären. Im Gegenteil, die Einwohner der Ortschaften, in deren Umgebung die Sträucher mit den obigen schmackhaften Feldfrüchten viel vorkommen, machten die Beeren- und Nußsucher auf Stellen aufmerksam, wo das Pflücken am lohnendsten sei. Das geschah deshalb, weil dieselben sonst doch nicht gepflückt und der Verderbnis anheimfallen würden. Jetzt macht das hiesige Polizeiamt folgendes bekannt: Es sind Klagen laut geworden über das unbefugte Abpflücken von Brombeeren, Haselnüssen usw. an den Wegen der Landgemeinden des Staatsgebietes. Aus diesem Anlaß wird hiermit die Vorschrift des § 19 des Gesetzes vom 16. Juli 1894, betreffend den Forstdiebstahl und die Feld- und Forstpolizei, in Erinnerung gebracht, welche bestimmt: Wer Gartenfrüchte, Feldfrüchte oder andere Bodenerzeugnisse aus Gartenanlagen aller Art, Obstanlagen, Baumschulen, Saatkämpen, von Aeckern, Wiesen, Weiden, Plätzen, Gewässern, Wegen oder Gräben wegnimmt, wird wegen Entwendung mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder Haft bestraft. Liegen die Voraussetzungen des § 370 Nr. 5 des Strafgesetzbuches (wenn es sich nur um geringe Quantitäten handelte) vor, so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

Eine regelmäßige Dampferverbindung Königsberg-Danzig-Lübeck-Hamburg eröffnet, wie die „Elb. Ztg." meldet, in den nächsten Tagen der Elbinger Seedampfer „Orpheus." Das Schiff war früher Eigentum der Neuen Dampfer-Kompagnie in Stettin und wurde von dieser an die Beedlersche Reederei in Elbing verkauft. Es ist 55 Meter lang und hat einen Raumgehalt von 400 Tons. „Orpheus", der nach Bedarf auch Elbing anläuft, beginnt nach seiner Wiederherstellung am Sonntag, den 27. d. M., seine erste Ausreise nach Königsberg, um dort Ladung einzunehmen.

Handelsregister. Am 26. August 1905 ist eingetragen worden: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma H. Lehmann u. Co. in Lübeck; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma H. D. Bartels Wwe. Nachf., Hamburg, Zweigniederlassung in Lübeck: Die Zweigniederlassung in Lübeck ist aufgehoben; 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Ed. Hoffmeister u. Co. in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherige Gesellschafterin Bertha Paula geb. Kreutzig, Ehefrau des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Eduard Hoffmeister, ist alleinige Inhaberin der Firma; 4. Dampfschiffsrhederei Hanseat, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Rhedereibetrieb unter deutscher Flagge. Stammkapital: 20 000 Mk. Geschäftsführer: R. F. B. Ludwig und M. G. Chr. Mitterhusen, Kaufleute in Lübeck. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. August 1905 festgestellt. Die Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln oder gemeinschaftlich.

Zur Unfallversicherung im Kleinbetrieb der Seeschiffahrt sowie in der See- und Küstenfischerei. Im Bereiche dieser Unfallversicherung werden die Mittel zur Deckung der Entschädigungsbeträge durch Beiträge aufgebracht, die vom Reichs-Versicherungsamt mindestens alle 5 Jahre im voraus festzustellen und so zu berechnen sind, daß durch sie außer den sonstigen Leistungen der Versicherungsanstalt der Kapitalwert der voraussichtlich zu gewährenden Renten gedeckt wird. Die Beiträge sind nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörde von den Küstenbezirke umfassenden weiteren Kommunalverbänden der Seeuferstaaten zu entrichten und werden auf diese nach der Zahl derjenigen Personen verteilt, die in ihren Bezirken der oben bezeichneten Art erwerbstätig beschäftigt sind. Der Bundesrat ist befugt, anzuordnen, daß die Verteilung unter Berücksichtigung der Dauer der Beschäftigung und der Verschiedenheit der ortsüblichen Tagelöhne zu erfolgen hat. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat kürzlich insofern Gebrauch gemacht, als beschlossen worden ist, daß die nach obiger Anordnung zu entrichtenden Beiträge auf die weiteren Kommunalverbände der Seeuferstaaten im Verhältnis derjenigen Lohnsummen zu verteilen sind, die sich für die Gesamtheit der in den Bezirken dieser Kommunalverbände in Betrieben der vorbezeichneten Art beschäftigten Versicherten unter Berücksichtigung ihrer in das Kalenderjahr fallenden Beschäftigungsdauer und des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter ergeben.

Aus dem Gerichtssaal. Der Kaufmann H. von hier hat zu Reklamezwecken für sein Lotteriegeschäft eine Illustration benutzt, die Eigentum eines Berliner Kaufmanns B. war. Der Angeklagte gibt zu, die Zeichnung des Berliner Kaufmanns benutzt zu haben; er wird deshalb wegen Verletzung des Urheberrechts zu einer Geldstrafe von 100 Mk. und zu einer an B. zu zahlenden Buße von 50 Mk. verurteilt.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 9. bis 15. August 103 Schiffsunfälle gemeldet worden. Hiervon sind 5 Dampfer und 9 Segelschiffe total verloren gegangen, 23 Dampfer und 66 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

In der Stadthalle gelangte am Sonntag Strauß's Operette „Der Zigeunerbaron" zur Aufführung und errang reichen Beifall des sehr stark besetzten Hauses. Die Vorstellung ließ nirgends den guten Willen vermissen, mit dem allerdings das Können nicht gleichen Schritt hielt. Tüchtig war Herr Messerit als Barantay, wenn man auch über einige kleine Versehen hinwegblicken mußte. Die Saffi wurde von Frau Waldheim recht sympathisch gespielt. Als Schweinezüchter Zsupan entwickelte Herr Förster eine recht ergötzliche Komik. Am Dirigentenpult stand Herr Kapellmeister Jakob. — Morgen, Dienstag, wird die Operette zum Benefiz für Frau Waldheim wiederholt. Ein volles Haus ist der beliebten Künstlerin zu gönnen.

Eine Ausstellung von Drucksachen hatte der Buchdruckerverein in Lübeck (Mitgliedschaft des Verbandes) am Sonntag im „Goldenen Apfel" veranstaltet. Zahlreiche künstlerisch ausgeführte farbige Drucksachen legten Zeugnis ab von der technischen Höhe, auf der sich die Buchdruckerkunst gegenwärtig befindet. Die Veranstaltung, welche recht geschickt arrangiert war, fand seitens der Besucher verdiente Anerkennung.

Beschädigtes und abgenutztes Geld. Die Reichsschuldenverwaltung leistet für beschädigte oder unbrauchbar gewordene Reichskassenscheine für Rechnung des Reichs Ersatz, wenn das vorgelegte Stück zu einem echten Reichskassenschein gehört und mehr als die Hälfte eines solchen ausmacht. Für beschädigte Reichsbanknoten wird von der Reichsbank Ersatz geleistet, wenn der Inhaber entweder einen Teil der beschädigten Note vorzeigt, der die größere Hälfte ausmacht, oder wenn er den Nachweis führt, daß der Rest der Note, von der er nur die Hälfte oder einen geringeren Teil als die Hälfte beibringt, vernichtet ist. Schadhafte Münzen, die durch gewaltsame oder gesetzwidrige Beschädigung an Gewicht verloren haben, werden an öffentlichen Kassen angehalten und durch Zerschlagen oder Einschneiden für den Umlauf unbrauchbar gemacht. Abgenutzte Reichsmünzen, die durch längeren Umlauf resp. längere Abnutzung an Gewicht so viel eingebüßt haben, daß sie das Passiergewicht nicht erreichen, sowie Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen, die ebenfalls durch Abnutzung an Gewicht oder Erkennbarkeit erheblich eingebüßt haben, werden von öffentlichen Kassen noch zum vollen Werte angenommen. Für ein Zwanzigmarkstück beträgt das Normalgewicht knapp 8 Gramm, genau 7,96495 Gramm, und das Passiergewicht 7,92513 Gramm, für ein Zehnmarkstück knapp 4 Gramm, genau 3,98248 Gramm bzw. 3,96256 Gramm.

Unfall. Beim Fußbodenlegen in dem Wittmackschen Hause am Klingberg verletzte sich ein Zimmerlehrling, beschäftigt beim Zimmermeister Hädicke, die linke Hand nicht unerheblich. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Schweineseuche. Die Rotlaufseuche unter den Schweinen des Viehhändlers Kunze hierselbst, Drögestraße Nr. 17, ist erloschen. Die angeordneten Sperrmaßregeln sind aufgehoben worden. — Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter den Schweinen des Gemeindevorstehers Horstmann in Malkendorf die Rotlaufseuche (Backsteinblattern) ausgebrochen ist. Der Schweinestall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Tätowierer aus Königsbach, welcher seitens der Staatsanwaltschaft Kiel wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes steckbrieflich verfolgt wurde. — In der Nacht vom 24/25. ds. Mts. ist ein in der Trave bei der Hartsteinfabrik von Evers u. Sohn liegendes Ruderboot abhanden gekommen. Das Boot ist 2¾ Meter lang, unter der Wasserlinie schwarz, über herselben weiß angestrichen. Das Boot hat drei Sitzbänke, in demselben befanden sich zwei Riemen, ein Bootshaken und ein Rettungsring. — In der Zeit vom 19. bis 22. ds. Mts. ist aus einem Garten der Lachswehrallee 1 Badelaken, gez. C. v. S., sowie ein Badeanzug, gez. C. v. S., gestohlen worden. Badelaken und Anzug sind rot und weiß gestreift.

Stockelsdorf. Neue Bauordnung. Mit dem 1. September d. J. tritt eine Bauordnung für die Gemeinde Stockelsdorf in Kraft. Anträge auf Erteilung von Bauerlaubnissen in der Gemeinde Stockelsdorf sind von dieser Zeit an an den dortigen Gemeindevorstand zu richten.

Ahrensbök. Ein Brandunglück, das die Vernichtung zweier Menschenleben und die Verletzung verschiedener Personen im Gefolge hatte, ereignete sich am Freitag im benachbarten Dorfe Schwochel. Das Feuer, das im Hinterhause des Landmannes Reiers, der gerade mit Frau und Sohn in Lübeck zum Besuch weilte, entstand, konnte der harten Bedachung wegen nur langsam um sich greifen, und so war es den herbeigeeilten Dorfbewohnern möglich, alle Möbel 2c. zu retten, doch ging ein großer Teil der Ernte, Klee und Heu in Flammen auf. Glücklicherweise blieb die benachbarte Scheune und das Altenteilshaus vom Feuer verschont. Als der telephonisch herbeigerufene Besitzer eintraf, fand er einen Trümmerhaufen vor. Es wird Brandstiftung vermutet. Eine Brandwache wurde zur Sicherheit des Nachts an der Brandstätte zurückgelassen. Dieselbe befand sich in der Nähe einer Mauer, welche gegen 11 Uhr abends plötzlich einstürzte und die Leute begrub. Zwei Feuerwehrleute, der Musiker Emil Graage aus Ahrensbök und der Arbeiter Siems aus Schwochel, wurden dabei getötet, der Tischler Niersen aus Ahrensbök erlitt einen Schädelbruch, an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Mehr oder minder schwer wurden verletzt die Feuerwehrleute Stammer-Ahrensbök, Howe-Schwochel, Frank-Schwochel, sowie dessen Sohn.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Eine Motorbarkasse „Hamburger Echo" wird auf einer Hamburger Werft im Auftrage unseres Hamburger Parteigeschäfts gebaut. Sie soll dem „Hamburger Echo" zu Expeditionszwecken dienen. — Der Besitz des Landmanns Scheel in Busenwurth bei Meldorf i. H. wurde total eingeäschert. Ein Stück Vieh kam in den Flammen um. Ein großer Teil der geborgenen Ernte ist verbrannt. — Arbeiter H. Nickert aus Meezen stürzte in der Marsch von einem Fuder Korn; an den erhaltenen Verletzungen ist er gestorben. Er hinterläßt eine Witwe mit acht unversorgten Kindern. — Ein Großfeuer äscherte das alte Hotel „Stadt Hamburg" am Südermarkt in Flensburg ein. Es wurde von vielen Familien bewohnt. Im Innern ist es völlig ausgebrannt, Gastwirt Normanni erlitt erhebliche Brandwunden bei der Rettung zweier Kinder. — Der hoffnungsvolle Sohn des Hofbesitzers Spiekermann in Spieka, der bis jetzt auf einem Hofe im Lande Wursten arbeitete, wurde von einem Pferde derartig geschlagen, daß er bald darauf verstarb. Der Trauerfall erregt in Spieka und Umgegend allgemeine Teilnahme.

Hamburg. Zu dem Beschluß der Hamburger Lehrerschaft in Sachen des bekannten Konfliktes bemerkt die „Frankfurter Zeitung": „Wenn Volksschullehrer es mit ihrem Berufe ernst meinen, wenn ihnen das Wohl ihrer Zöglinge wirklich am Herzen liegt, so werden sie nicht umhin können, auch mit den Eltern ihrer Schüler Fühlung zu nehmen. Alle Erziehung beruht auf dem Zusammenwirken von Haus und Schule; so ist es notwendig, daß der Lehrer wisse, inwiefern er auf die Mitarbeit der Eltern rechnen kann. Die Hamburger Volksschullehrer sind sich in ihrer Mehrzahl der verantwortungsvollen Aufgabe, welche ihnen in unserem sozialen Leben zufällt, bewußt, und man darf wohl behaupten, daß sie zu den besten Kennern der moralischen und gesellschaftlichen Anschauungswelt der Arbeiterkreise gehören. So waren sie denn auch besser als irgend eine andere Bevölkerungsklasse imstande, die unheilvollen Wirkungen zu übersehen, welche eine Annahme der drohenden Wahlrechtsverschlechterung zur Folge haben müßte. Sie erhoben, wie es ihre Männerpflicht war, die Stimme gegen das geplante Attentat; ihre Organisation, die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" faßte eine entsprechende Resolution. Darauf erklärte, wie schon gemeldet wurde, der Chef der Oberschulbehörde, Senator Refardt, „man" müsse mit der Gesellschaft alle Beziehungen abbrechen, wenn der bisherige Vorstand wiedergewählt würde. Diese Drohung hatte einen materiellen Charakter, da die Oberschulbehörde von dem Verein die Schulbücher bezieht und der dabei herauskommende beträchtliche Gewinn in die Pensionskasse fließt. Gestern Abend fand nun im Sagebielschen Saale unter dem Vorsitz des Bürgerschaftsmitgliedes Blinkmann (das ist nicht richtig, es handelt sich hier um den Bruder des Bürgerschaftsmitgliedes Blinkmann. Red.) eine außerordentlich stark besuchte Lehrerversammlung statt, in der die tiefgehende Erregung, welche das Vorgehen der Oberschulbehörde in der Hamburger Lehrerwelt erweckt hat, deutlich zum Ausdruck kam. Die Versammlung erteilte mit annähernder Zweidrittelmehrheit dem bisherigen Vorstand der Gesellschaft ein demonstratives Vertrauensvotum, indem es sein Rücktrittsgesuch ablehnte. Gleichzeitig wurde Protest erhoben gegen den Versuch, durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile die Lehrerschaft knebeln zu wollen. Mit Hinsicht auf die Wahlrechtsfrage herrschte in der Versammlung die fast unbestrittene Ansicht, daß den Bevölkerungsschichten, deren Kinder die Volksschule besuchen, eine wirksame Teilnahme an der Gesetzgebung gewährleistet werden müsse. Das mannhafte Verhalten der Hamburger Volksschullehrer muß in allen freiheitlichen Kreisen freudig begrüßt werden. Wie sagte ein französischer Staatsmann? „Die deutschen Volksschullehrer haben den Krieg von 1870 gewonnen." Mögen auch auf dem friedlicheren Schlachtfelde die Volksschullehrer der Sache, welche in Wahrheit die nationale Sache ist, zum Siege verhelfen!"

Altona. Kein Justizmord. Die Mitteilung, daß der Schlachter Mailau unschuldig hingerichtet ist, erweist sich als falsch. Der Schlachtergeselle Mailai (nicht Meinau) ist nicht wegen des Mordes der Wüpper hingerichtet worden, sondern wegen des Mordes der unverehelichten Schmidt. Er soll ferner eingestanden haben, seinerzeit die Ahlert in Hamburg ermordet zu haben. Der Mord der Wüpper wurde allerdings seinerzeit mit der Mordaffäre Schmidt und dem Mörder Mailau in Verbindung gebracht, kam aber bei dem Strafverfahren gegen Mailau garnicht in Betracht. Von einer „unschuldigen Enthauptung" des Mailau kann also keine Rede sein.

Kiel. Wie militärische Verbrechen entstehen. Der unbedingte Kadavergehorsam ist die erste Pflicht des Soldaten, mag er von seinen Vorgesetzten noch so schwer gereizt werden, er hat einfach still zu halten und alles ruhig hinzunehmen. Welche Selbstüberwindung oftmals dazu gehört, das mußte der Bootsmannsmaat Reineck — also selbst ein Vorgesetzter — vom Kreuzer Medusa erfahren, so schreibt man der „L. V." Der Kreuzer hatte im Danziger Hafen Kohlen eingenommen. Nach vollbrachter Arbeit wuschen sich die beim Kohleneinnehmen tätig gewesenen Matrosen unter Deck. Da erscholl plötzlich die Kommandostimme des Leutnants zur See Janetzke, der die Matrosen zur Ausführung eines Manövers an Deck befahl. Da die Mannschaften alle nackt unter Deck standen, rief der Maat hinauf, daß sie so nicht an Deck kommen könnten. Darauf sollten auf Geheiß des Offiziers nur diejenigen nach oben kommen, die schon die Hosen wieder angezogen hatten. Reineck war über den Befehl, so kurz nach der schweren Arbeit, so aufgebracht, daß ihm die Worte entfuhren: Was für eine Manier das sei, man werde ja behandelt wie ein Stück Vieh. Darauf nannte der Leutnant den Unteroffizier einen gemeinen Kerl. „Es gibt gemeine Kerle, gemeine Unteroffiziere, aber auch gemeine Offiziere," ließ sich Reineck darauf vernehmen. Auf diese Antwort kam der Offizier unter Deck und nannte den Maat den größten Sozialdemokraten. Dieser Titel ist für einen chargierten Soldaten in Deutschland bekanntlich das größte Schimpfwort, und R. protestierte dagegen, fügte dann noch hinzu, daß er wohl gewußt habe, daß es gemeine Menschen gebe, heute habe er erfahren, daß es auch gemeine Offiziere gebe. Diese Affäre hat dem Bootsmannsmaaten Reineck eine Anklage wegen Achtungsverletzung und Beleidigung des Leutnants eingebracht. Der Anklagevertreter beantragte drei Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe in Kiel erklärte sich für unzuständig, da ein militärisches Verbrechen vorliege und deshalb eine Besetzung des Gerichts mit zwei juristischen Richtern notwendig sei.

Oldenburg. Böning, der vom Meyer-Prozeß her bekannte Bremer Kriminalpolizist und Spezialist in Meineidssachen, hat, wie der „Residenzbote" meldet, per 1. Oktober sein Abschiedsgesuch eingereicht. — War der Erfolg ein so minimaler?

Letzte Nachrichten.

Kattowitz. Erschossener Schmuggler. An der Grenze wurde Freitag auf acht Schmuggler geschossen, die Revolver aus Oberschlesien einschmuggeln wollten. Ein

Schmuggler wurde erschossen, die andern erreichten die Grenze.

Görlitz. Zwei Kinder sind hier bei einem Stubenbrand erstickt.

Berlin. Bühnenunglück. Bei der gestrigen Probe des neuen Ausstattungsstückes im Metropoltheater stürzte mittags auf der Bühne ein Podium ein. 20 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt; einige erlitten ernstere Rücken- und Rippenverletzungen, zwei trugen Unterschenkelbrüche davon. Der Schauspieler Harry Walden erlitt eine leichte Fußverletzung.

Bochum. Ueberfallener Polizeisergeant. Ein Unbekannter überfiel nachts den Polizeisergeanten Rückershausen, entriß ihm den Säbel und streckte ihn durch einen Schlag auf den Kopf nieder. Man fand den Beamten besinnungslos in seinem Blute und brachte ihn in's Krankenhaus. Der Täter ist entkommen.

Mülheim (Ruhr). Kinder, die niemand wartet. In Abwesenheit der Eltern spielten drei Kinder einer Arbeiterfamilie in Bruchhausen mit Feuer, wodurch ein Brand entstand, der das abgeschlossene Zimmer mit Rauch erfüllte, so daß alle drei Kinder im Alter von 1–5 Jahren erstickten. Die Widerbelebungsversuche waren erfolglos.

Aachen. Ein Stellvertreter Gottes als Sittenverbrecher. Das Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Adrimont der 11. Komp. des 14. Inf.-Regts. wegen Sittlichkeitsverbrechen, verübt an einem elfjährigen Schulmädchen, zu sieben Monaten fünf Tagen Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Außerdem wurde auf Degradation und Ausstoßung aus dem Heere erkannt.

Trier. Ein Automobil fuhr in Hetzerath ein Kind tot. Die Insassen des Wagens wurden von der Volksmenge festgenommen.

Aus Nah und Fern.

Grauenvoller Unfall eines Proletarierknaben. In der Löbtauer Strickmaschinenfabrik von Irmscher u. Co. geriet der 14 Jahre alte, seit Ostern aus der Schule entlassene Arbeitsbursche Emil Zabel mit dem linken Arm in eine Fräsmaschine, so daß ihm dieser zwischen Ellbogen und Handgelenk glatt durchgeschnitten wurde. Der Unfallwagen kam nach zirka dreiviertel Stunde; der Knabe blieb während der Zeit bei vollem Bewußtsein und jammerte nur immer über seine „arme Mutter". Seine Eltern sollen beide krank sein und deshalb in der Familie die größte Not herrschen. Er trägt mit seinem Stundenlohne von 13 Pfennigen wahrscheinlich zur Unterstützung der Eltern bei. Nun der unerbittliche Moloch Kapitalismus den jungen, hoffnungsvollen Menschen frühzeitig zum Krüppel gemacht hat, ist auch diese schwache Stütze genommen. Bemerkenswert ist, daß die Maschine bald nach dem Unfall, kaum daß der Verunglückte weggebracht war, wieder laufen sollte. Wegen des Unwillens der Arbeiter ließ man jedoch schließlich davon ab.

Das Arbeitersekretariat
(unentgeltliche Auskunftstelle für Jedermann)
ist geöffnet an Wochentagen von 12–2 Uhr mittags und von 6–7½ Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:

Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Lübeck . . . . . 100,— Mk.
M . . . . . 3,—

Expedition des „L. V."

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht!

Lübecker Marktpreise vom 26. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hasen Stck. —— Mk., Enten Stck. 3,— Mk., Hühner Stck. 1,60 Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,55 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans —,— Mk., Schweinefleisch Pfd. 0,15 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 8 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. —,— Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1–2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 80 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. —,— Mk., Blumenkohl, d. Kopf 30 Pfg., Hamb. Kirschen, Pfd. 40 Pfg., Kohl 100 Pfd. 5,— Mk., Gurken Pfd. 0,7 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 6,— Mk., per 10 Liter 50 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 4,50 Mk., Kartoffeln 10 Liter 45 Pfg.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 26. August.

Weizen, 128–132 Pfd. holl., Mk. 15,80–16,10, Roggen, neuer Ernte, 122–126 Pfd., Mk. 14,00–14,30, Hafer, neuer, je nach Qualität, Mk. 14,20–14,80, Gerste, je nach Qualität, Mk. 14,00–15,00.

Viehmarkt.

Hamburg, 26. August.

Der Schweinehandel verlief ruhig.

Zugeführt wurden 1761 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise, gewöhnliche — Mk., Bacon-Schweine, schwere 68–69 Mk., leichte 68,00–69 Mk., Sauen 58–66 Mk. und Ferkel 63–67 Mk. pro 100 Pfund.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

G. V.

Morgen Dienstag, abds. 8½ Uhr.

Nach langem schwerem Leiden starb am 26 d., abends 7½ Uhr, mein innigstgeliebter Mann und meiner Kinder treusorgender Vater

Conrad Boldt

im 48 Lebensjahre.

Luise Boldt, geb. Dechow

Die Beerdigung findet am 30. August, morgens 11½ Uhr, von der Kapelle des Allgem. Gottesackers aus statt.

1. Etage Dreizimmer-Wohnung
mit allem Zubehör zu vermieten, Mk 230
Drögestraße 21.

Zum 1. Oktober eine Wohnung.
Karl Beth, Stockelsdorf, Lohe

Zu vermieten zum 1. Oktober **Zwei-, Drei- und Vierzimmer-Wohnungen** mit allem Zubehör in der Marli-, Bülow- und Kottwitzstraße.
Näheres Bülowstraße 11.

Möbliertes Zimmer zu vermieten
Glockenstraße 3 b

Zu kaufen gesucht
eine noch guterh. Tischlerhobelbank
Off. u. S B 55 an die Exped. d. Bl.

Brieftauben sind billig zu verk.
Schwartauer Allee 82 b, part.

Rasier-, Frisier- u. Haarschn.-Salon
von **W. Benthin**,
Marlistraße 42, Ecke Bülowstraße

Spezial-Butterhandlung „Zu drei Sternen"
empfiehlt
Frische Meiereibutter Pfd. 1,25 Mk.
Um zu räumen:
Alter Vollfett-Tilsiter Käse Pfd. 30 Pf., in Broden 25 Pfg.
" " 2. Sorte, Pfd 10–15 Pfg. in Broden 8 Pfg.
Prima ger. Landwurst Pfd. 1,00 Mk.
Schmalz Pfd. 80 Pfg.
Honig Pfd. 70–80 Pfg.
Salzheringe, sonst 2 St. 15, j. 5 St. 20 Pf.
Anchovis Pfd. 35 Pf., bei 10 Pfd. 25 Pf.
Feinste Margarine Pfd. 75, bei 2 Pfd. à 70 Pf., Pfd. 65 Pf., bei 2 Pfd. à 60 Pf.
H. Wilcken
3 Drögestraße 3, beim Schlachthaus.

Achtung!
Gebe von jetzt an auf sämtliche auswärtigen
Wurst- u. Fettwaren rote Lubeca-Marken.
Gleichzeitig empfehle
ff. Fett-Heringe
Stück 5 Pfg. und 2 Stück 15 Pfg.
Chr. Piel, Friedenstr. 78.

Der
Neue Welt-Kalender für 1906
ist soeben in bekannter feiner Ausstattung erschienen und lassen wir das Inhaltsverzeichnis folgen:

Kalendarium. Postwesen. Beachtenswerte Adressen. Statistisches. **Rückblick. Messen und Märkte.** Im Kreislauf des Jahres. **Villa Wanda,** von Ernst Preczang (mit Illustrationen). Großstadt-Frühling, Gedicht von Ludwig Lessen. **Unsere Forderungen an die Schule,** von Heinrich Schulz. **Vom gesunden und kranken Magen,** von Dr. N. Silberstein (mit Illustration). Sprüche. Der Friedensbote, ein Silvestermärchen von Clara Müller. **Josef Scheu und die Arbeiter-Gesangvereine,** von h. w (mit Porträt). **Ein walzender Schuhknecht im 17. Jahrhundert,** von Alwin Adé. **Unsere Beerensträucher und ihre Kultur,** von Curt Grottewitz (mit Illustrationen). Märtyrer-Gesang, Gedicht von Robert Seidel. **Sein Sieg,** Erzählung von Wilhelm Holzamer (mit Illustrationen). **Die erste Million,** von A. v. Elm. **Südwestafrika,** von A. Südekum (mit Illustration). Abschied, Gedicht von Ernst Preczang. **Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland,** von Clara Zetkin. **Die Revolution in Rußland,** von Wilhelm Blos (mit Illustrationen). **Unsere Todten** (mit Porträts). **Fliegende Blätter.** Der höhere Gesichtspunkt, von Wilh. Schröder. Für unsere Rätsellöser. Trächtigkeits- und Brütekalender. — Hierzu vier Bilder: Der Bauer, Sonntagsruhe, Reiche Beute, Am Ort der Tat. Ein Dreifarbendruck auf Kunstdruckpapier: Ein lustiges Lied. Ein Wandkalender.

Der „Neue Welt-Kalender" ist zum Preise von **40** Pfg. zu beziehen durch unsere Buchhandlung sowie von unseren Kolporteuren und Austrägern.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstrasse 50.

Adolf Hübner, Uhren u. Goldwarenhandlung, u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Gute Meierei-Butter
Pfund 1,20 Mk.
Joh. Nagel, Engelsgr. 5.

Der Deutsche Reichstag 1903–1908.
Biographisch-statistisches Handbuch
von
Joseph Kürschner.
Sämmtliche Reichstagsabgeordnete sind nach ihren Photographien abgebildet.
Preis 50 Pfg.

Reclam's Bibliothek
in Taschenformat.
à Bändchen 20 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Vom Abbruch
des **R. Karstadtschen** Häuserblocks, Breite- und Johannisstraße, billig zu verkaufen: Fußbodenbretter, Schal- und Bodenbretter, Türen, Fenster, gutes Bauholz, Latten, Dachpfannen, Klinker, Brennholz, 2 Herde, eis. Oefen, 1 kupf. Badeofen, Gaskamm usw.
Ab Abbruchlager **Kanalstraße,** unterhalb der Glockengießerstraße.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Beim gestrigen Sommerfest sind 2 Gewinne vom Damenvergnügen nicht abgeholt worden. Inbetracht kommen die geworfenen Nummern 41 und 40.

Es wird ersucht, die Gewinne bis zum nächsten Sonnabend, vormittags von 9 bis 1½ Uhr, bei J. Stelling, Johannisstraße 50, in Empfang zu nehmen.

Das Komitee.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler, Mühlenstr. 28.

Holzarbeiter-Verband

Mitgliederversammlung am Dienstag den 29. August
abends 8 Uhr
im Vereinshause, Johannisstraße, Gr. Saal.

Tages-Ordnung:
1. **Antrag der Tischlerinnung betreffend gemeinsamen Arbeitsnachweis.**
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.

Die Lokalverwaltung.

Fabrikarbeiter-Verband Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck)

Bei der Tombola am Sonntag den 27 August sind folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

22	67	78	179	256	282	327
356	380	403	417	460	470	480
523	525	564	573	589	620	650
657	662	679	718	766	768	776
794	864	894	913	929	939	947
952	961	964	969	1006	1007	1008
1016	1060	1080	1093	1097	1100	1102
1125	1168	1191	1203	1237	1243	1290
1312	1355	1371	1442	1492	1578	1594
1640	1747	1765	1798	1804	1838	1884
1901	1924	1927	1934	1966	2021	2022
2028	2043	2084	2115	2153	2175	2190
2247	2272	2283	2289	2327	2329	2382
2385	2412	2432	2456	2468	2471	2475
2485	2504	2519	2531	2560	2570	2593
2629	2632	2649	2662	2713	2767	2816
2890	2894	2904	2920	2991	3028	3059
3072	3083	3139	3190	3204	3223	3228
3258	3259	3294	3310	3331	3351	3393
3398	3410	3424	3468	3555	3558	3575
3599	3603	3630	3648	3691	3717	3762
3769	3801	3809	3829	3834	3837	3843
3852	3862	3943	3944	3964	3981	3991
4014	4049	4065	4086	4099	4126	4148
4159	4202	4213	4277	4279	4287	4340
4348	4368	4396	4409	4424	4441	4480
4519	4526	4536	4566	4578	4607	4647
4717	4743	4795	4849	4881	4897	4915
4925	4939	4970	4978			

Die Gewinne sind am Montag den 28. und Dienstag den 29 August, nachmittags von 6 bis 9 Uhr, im „Kolosseum" abzuholen, später bei G. Hasselbrinck, Krähenstraße 7, part. Die bis zum 15 September 1905 nicht abgeholten Gewinne verfallen der Verbandskasse.

Der Vorstand.

Stadt-Halle.
Dienstag: Aufgehobenes Abonnement.
Benefiz Fr. Waldheim-Steinschreiber.
Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten von J. Strauß.
Anfang 7½ Uhr. Von 7 Uhr Konzert.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johann S. Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 201. Dienstag, den 29 August 1905. 12. Jahrgang.

Der Bericht des Parteivorstandes.

(Fortsetzung.)

Ueber Wahlrechtserweiterung und Wahlrechtsraub sagt der Bericht:

In Bayern, Württemberg, Baden und Hessen wurden in den letzten Jahren Gesetze, betreffend Erweiterung des Wahlrechts, beraten und in Baden dieses Gesetz zur Annahme gebracht, so daß in Baden in diesem Herbst zu ersten Male ein Landtag auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt wird.

In den unter Einfluß der Scharfmacher stehenden Staaten ging Sachsen voran und raubte bereits 1897, indem es das von Bismarck als elendeste aller Wahlsysteme bezeichnete Dreiklassenwahlsystem einführte, den Arbeitern jeden Einfluß auf die Landesgesetzgebung. Dieser Wahlrechtsraub hatte eine Wirkung, die von den Großkapitalisten weder vorausgesehen noch gewollt ist. Man brachte den Industriestaat Sachsen unter eine agrarische Gesetzgebung. Wohl wollten die Großkapitalisten die Arbeiter von der Gesetzgebung ausschließen. In dem blinden Haß gegen die Arbeiter übersahen sie die weitere Wirkung des Wahlrechtsraubes. Die Sozialdemokratie in Sachsen wurde aber nicht geschwächt, sondern gestärkt, weil vielen sonst indifferenten Leuten die Augen geöffnet wurden, die nun einsahen, daß die sogenannte Gerechtigkeitsliebe bei den Herrschenden im Klassenstaat völlig fehlt.

Man hätte erwarten können, daß das Beispiel Sachsens die Scharfmacher in anderen Staaten stutzig gemacht hätte, da sie meistens keine rein agrarische Herrschaft wollen. Dummheit und Brutalität gehen bei den Scharfmachern Hand in Hand und deshalb ließen sie nicht nach, auch in anderen Staaten ihre Zwecke zu verfolgen. Ein Hauptversuchsstaat für scharfmacherische Gewaltpolitik ist Lübeck.*) Dort brachte man es zuerst fertig, den Erpressungsparagraphen gegen streikende Arbeiter anzuwenden; dort wurde auch das vom Reichsgericht aufgehobene Streikpostenverbot erlassen, also dieser Boden eignete sich vorzüglich für die Saat der Scharfmacher. Zwar hat Lübeck für seine Landesgesetzgebung kein besonderes modernes Wahlrecht. Denn, obwohl bei der letzten Reichstagswahl 55,1 Prozent der Stimmen für den Kandidaten unserer Partei abgegeben wurden, ist es unseren Genossen bisher noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen Vertreter in die Bürgerschaft zu bringen. Seit Anfang der siebziger Jahre konnte in Lübeck jeder großjährige Deutsche gegen Bezahlung von 30 Mk. das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht erwerben. Als nun die Arbeiter begannen, sich das Geld zu ersparen und 30 Mk. opferten, um sich Rechte zu erwerben, da wurden die Arbeiter plötzlich um die ersparten Gelder betrogen, indem man den 1200 Zensus einführte. Aber es blieb doch die Bestimmung, daß jeder über 21 Jahre alte Bürger, der ein Einkommen von 1200 Mk. versteuerte (s. Fußnote), wählen konnte. Als nun die 1200 Mark Grenze von einer größeren Anzahl Arbeiter überschritten wurde, griff der Senat zu dem Mittel der weiteren Entrechtung. Am 30. Juni hätten 40 Mitglieder der Bürgerschaft ausscheiden müssen und wären Neuwahlen nötig gewesen. Obwohl das alte Wahlgesetz noch zurecht bestand und die Verfassung die Neuwahlen gebot, wurden die Wahlen nicht angesetzt. Der Senat befürchtete, es könnten Sozialdemokraten gewählt werden. Er brachte eine Vorlage in der Bürgerschaft ein, wodurch dreiviertel der Bürger ihres Rechtes so gut wie beraubt wurden. Diese Vorlage ging an eine Kommission. Da die Kommission nicht zum 30. Juni fertig wurde mit ihrer Arbeit, ließ man die Bürgerschaftsmitglieder, deren Mandat abgelaufen war, einfach weiter sitzen. Endlich, Mitte Juli, kam die Kommission mit ihrem Bericht, in welchem dann folgendes sogenannte Wahlrecht vorgeschlagen wurde: Alle Leute mit weniger als 1200 Mk. Jahreseinnahme haben gar kein Wahlrecht. Die Bürger mit einem Einkommen von mindestens 1200 Mk. wählen nach einem Verhältniswahlsystem 30 Vertreter und die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mk, wählen 90 Vertreter, wovon die Besitzenden des Stadtgebietes 75 und die des Landgebietes 15 Vertreter zu wählen haben. Solch ein Gesetz noch Wahlrecht nennen, ist doch eine offene Verhöhnung der Staatsbürger, wie sie wohl noch nicht in einem Kulturstaat vorgekommen ist.

Die Bürgerschaft hat nun am 7. August den Wahlrechtsraub vollzogen, indem sie nicht die oben erwähnte Kommissionsvorlage, sondern die ursprüngliche Senatsvorlage annahm. Danach haben 14 500 Reichstagswähler mit weniger als 1200 Mk. Jahreseinkommen gar kein Wahlrecht (siehe Fußnote). Die 6000 Bürger mit 1200—2000 Mk. Jahreseinkommen wählen 15 Mitglieder und die 2000 Bürger mit mehr als 2000 Mark Jahreseinkommen wählen 105 Mitglieder in die Gesetzgebung der Geldsacks-Republik. Das Alter für das Wahlrecht wurde vom 21. Lebensjahre auf das 25. Lebensjahr erhöht. Zu bemerken ist, daß bei diesem Gewaltstreich 38 Bürgerschaftsmitglieder mitwirkten, deren Mandat schon am 30. Juni abgelaufen und entgegen den Bestimmungen der Verfassung verlängert worden war. Hier zeigte sich auch der Freisinn wieder als Wahlrechtsräuber. Die früheren freisinnigen Reichstagsabgeordneten Görtz und Stiller und die lange Reihe der Freisinnsgrößen Lübecks traten für den Wahlrechtsraub ein. Das Schamgefühl ist bei den Vertretern der Geldsackparteien völlig geschwunden. Sie hören selbst auf, noch Heuchelei mit den Worten Gerechtigkeit und Freiheit zu treiben und zeigen mit brutaler Offenheit den wahren Charakter der Bourgeoisie. Der Staat ist für sie eine Institution zur persönlichen Bereicherung und Förderung ihrer Klasseninteressen. Das wurde hier ziemlich unverblümt zugegeben, indem man durch diese Gewaltmittel diejenigen aus der Gesetzgebung fern zu halten sucht, von denen man annimmt, daß sie für das Gemeinwohl eintreten werden.

Aber auch in den anderen norbischen Republiken haben die Scharfmacher eine unumschränkte Gewalt. So fand denn Lübeck sehr bald in Hamburg einen Nachahmer. Das reine Patrizierregiment hat Hamburg schon furchtbaren Schaden zugefügt. Die unter Oberleitung der Hausagrarier stehende Mißwirtschaft hat jene Zustände geschaffen, die im Jahre 1892 durch die Cholera ans Licht gezogen wurden und damals das Entsetzen der ganzen Welt erregten. In der Erregung hatte man damals etwas nachgegeben und eine geringe Verbesserung eintreten lassen. Man gab ein Gesetz, nach welchem die Hamburgischen Staatsangehörigen, welche fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mehr als 1200 Mk. versteuert hatten, unentgeltlich das Bürgerrecht erwerben konnten. Die Gesetzgebung (Bürgerschaft) besteht aus 160 Mitgliedern, wovon aber nur 80 aus den allgemeinen Wahlen der Bürger hervorgehen. 40 werden von den sogenannten Notabeln, Richter, hohe Beamte usw. gewählt und 40 Mitglieder wählen die Grundbesitzer. Von der Erwerbung des Bürgerrechts machten nun unsere Genossen reichlich Gebrauch. Schon bei den halbschichtigen Wahlen im Jahre 1901 gelang es durch einen Zufall, indem in einem Bezirk sich die Stimmen der Bürgerlichen spalteten, unseren Genossen Stolten in die Bürgerschaft zu bringen. Dann wurden aber solche Zufälle gehindert, indem man das Wahlgesetz änderte und nicht mehr die relative Mehrheit gelten ließ. Jetzt mußte ein Kandidat die absolute Mehrheit haben, oder sich einer Stichwahl unterwerfen. Trotz dieser Aenderung des Wahlrechts gelang es unseren Genossen bei der halbschichtigen Wahl am 14 Februar 1904 zwölf weitere Genossen in die Bürgerschaft hineinzubringen.

Gewiß würde bei der nächsten halbschichtigen Wahl im Februar 1907, wenn Genosse Stolten ausscheidet, gelungen sein, eine weitere Vergrößerung der sozialdemokratischen Vertretung zu erzwingen und damit vielleicht die Höhe erlangt, daß man unsere Genossen in die Verwaltungsdeputationen zulassen müßte. Davor haben aber die Leute, denen man die Mißwirtschaft zu danken hat, die 1892 so gerechtes Aufsehen erregte, eine begreifliche Scheu. Bei dem jetzigen Wahlrecht ist es völlig ausgeschlossen, daß unsere Genossen je die Mehrheit in der Bürgerschaft erlangen. Sie können nur auf Mandate aus den allgemeinen Wahlen rechnen. Aber es gibt viele Stadtbezirke und viele Bezirke des Landgebietes, wo wir auch bei den Reichstagswahlen in der Minderheit bleiben. Bei den Bürgerschaftswahlen ist die Zahl dieser Bezirke noch erheblich größer, da hier nur Bürger wählen.

Nun kam am 15 Mai eine Vorlage, wodurch das an sich schon schlechte Wahlrecht noch weiter verschlechtert werden soll. Das Privilegium der Notabeln und der Hausagrarier soll bestehen bleiben. Diese sollen nach wie vor 80 Vertreter in gesonderter Wahl wählen. Für die allgemeinen Wahlen soll das Landgebiet acht Vertreter haben und dann für die übrigen 72 Vertreter das Dreiklassenwahlrecht mit Verhältniswahl eingeführt werden. Man will also den Besitzenden 104 Sitze sichern. Wollte man in der Verfassung sagen was ist, dann müßte man dem betreffenden Artikel ungefähr folgenden Wortlaut geben: „Von den 160 Mitgliedern der Bürgerschaft werden 104 von den Bordellwirten, Hausagrariern, Richtern und Wucherern, Großkaufleuten, Senatoren und anderen Leuten, die nicht nötig haben, sich durch Arbeit zu ernähren, gewählt. 56 Vertreter werden von den gut bezahlten Arbeitern, Kleinbürgern, Landleuten und Gewerbetreibenden gewählt. Die Mehrheit der Bevölkerung wählt keine Vertreter."

Unsere Genossen in Hamburg haben einen schweren Kampf zu führen, diese Verschlechterung des an sich schon schlechten Wahlrechtes zu verhindern.

Dem Beispiele Lübecks folgte auch Dresden, wo man am 6. Juli eine Verschlechterung des Wahlrechts beschloß, also den Arbeitern das Wahlrecht raubte, bevor es unseren Genossen gelungen war, auch nur einen Vertreter in das Stadtparlament zu bringen.

Die Führung der Kämpfe zur Verteidigung der Rechte hat der Parteivorstand den Genossen an den betreffenden Orten überlassen, weil er sich sagte, daß die Genossen in Lübeck, Hamburg und Dresden am besten beurteilen können, was im Interesse der Sache zu geschehen hat. Jedoch ist den Genossen jede nur denkbare Unterstützung in Aussicht gestellt.

Zur Maifeier schreibt der Bericht: Die Maifeier wurde in diesem Jahre häufiger als sonst durch Arbeitsruhe gefeiert. In einzelnen Orten, wie z. B. in Stuttgart, war die Beteiligung geringer, weil eine Anzahl Gewerkschafts-

*) Bei Schilderung des Wahlrechts zur Bürgerschaft, wie es früher bestand resp. wie es jetzt nach erfolgtem Gewaltstreich der Geldsacksrepublikaner gestaltet worden ist, sind im Bericht einige kleine Irrtümer unterlaufen. Zunächst betrug das Kaufgeld des Wahlrechts zur Bürgerschaft nicht, wie im Bericht gesagt wird, 30 Mk., sondern 28 Mk. Nach der dann erfolgten erstmaligen Verschlimmbesserung des Wahlrechts konnten nur diejenigen von demselben Gebrauch machen, die während der letzten 5 Jahre vor jeder Wahl mindestens 1200 Mk. Jahreseinkommen versteuerten. Nach dem neuen Wahl„recht" wählen alle Bürger, welche während der letzten 3 Jahre vor jeder Wahl in Lübeck mindestens 2000 Mark versteuerten resp. soweit das Landgebiet in Betracht kommt, mindestens 3 Hektar Land auf eigene Rechnung bewirtschaften, 105 Bürgerschaftsmitglieder, alle übrigen Steuerzahler, sofern sie 4 Jahre in Lübeck ansässig sind, — also nicht nur diejenigen, welche eine Mindest-Jahreseinnahme von 1200 Mk. haben — 15 Bürgerschaftsvertreter.

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(9. Fortsetzung.)

Hetson wäre vielleicht noch eine Stunde dort stehen geblieben, denn zu viel des Neuen bot sich, wohin er auch immer schaute, seinem Blick, hätte ihn nicht Siftly selber aus seinen Träumen geweckt.

„Nun, bist Du da?" lachte dieser, „das ist recht, und hier kannst Du nun auch gleich die Quintessenz kalifornischen Lebens und Treibens kennen lernen. Hier konzentriert sich das ganze wunderbare Schaffen in den Bergen draußen, und diese Tische hier sind unser Barometer in San Franzisko, wie der Reichtum im Lande drinnen steigt und fällt. Sind die Tische schlecht besetzt, dann darfst Du auch sicher sein, daß die Ausbeute in den Minen, durch was auch immer für Umstände, nicht so günstig ausgefallen. Drängt sich dagegen, selbst über Tag, Alles herein, wie das heute geschieht, so haben die Leute „vortrefflich ausgemacht", wie sie sagen, und das Gold wandert lustig von Hand zu Hand. Hast Du Dein Glück schon an einem der Tische probiert?"

„Ich spiele nie," sagte Hetson ruhig.

„Bah, das darf man hier in Kalifornien nicht verreden," lachte aber sein Freund. „Daß Du selber Gold graben willst, kann ich mir nicht gut denken, und dem Glück muß man eben selber ein Pförtchen öffnen, wenn es uns nicht ganz im Stiche lassen soll. Ich zum Beispiel habe mir Alles, was ich eigentlich besitze, an den Tischen da geholt, und mit einiger Vorsicht denke ich mir solcher Art ein kleines Vermögen zusammenzulegen und dann nach den Staaten als reicher Mann zurückzukehren."

„Und wenn Du wieder verlierst, was Du gewonnen hast?"

„Dem Kühnen lächelt das Glück, Freund!" rief der Amerikaner, den Kopf trotzig zurückwerfend, „ja, es gibt sogar Mittel, das Glück zu zwingen, uns zu gehorchen, und hast Du Lust, so lehr' ich Dich vielleicht einmal die Kunst. Jetzt aber wollen wir unsere Zeit hier nicht nutzlos versäumen, sondern einmal einen Gang durch den Saal machen. Ich muß Dir doch Kalifornien erst vorstellen."

Ohne auch weiter eine Antwort abzuwarten, zog er Hetsons Arm in den seinen und schlenderte mit ihm in einen der Gänge hinein, die zwischen den Tischen hinführten. Einzelne von diesen waren augenblicklich unbesetzt, d. h. es standen keine Fremden daran, denn zwei Spieler saßen an jedem und zwar einander gegenüber, während zwischen ihnen ein größerer oder kleinerer Haufen Silber-Dollar, Goldstücke und Goldstaub in kleinen Lederbeuteln oder einzelnen „Klumpen" aufgehäuft lag. Die müßigen Spieler mischten dann gewöhnlich ihre Karten, hoben ab und probierten mögliche Erfolge, bis ein Vorbeikommender auf eine der Karten setzte und dann auch gewöhnlich andere nach sich zog.

An verschiedenen Tischen standen dagegen die Spieler und Zuschauer so dicht gedrängt, daß man kaum vorüberkommen konnte, und das war dann ein sicheres Zeichen, daß hohe Einsätze das Interesse der Leute erregt hatten. Kopf an Kopf drängte sich über- und nebeneinander, und sehr bedeutende Summen standen dort nicht selten auf dem Spiele.

An einem der augenblicklich nicht benutzten Tische saßen sich zwei Leute, ebenfalls nur mit Kartenmischen beschäftigt, stumm gegenüber, die vielleicht nur durch ihren Kontrast Hetsons Aufmerksamkeit erregten. Der Eine von ihnen war ein kleiner, rotbäckiger, dicker Mann mit ein paar entsetzlichen Vatermördern, die ihm selbst die Ohren halb bedeckten, und über die er, wenn er den Kopf auf eine oder die andere Seite wandte, nur eben hinwegsehen konnte. Der Andere war das gerade Gegenteil. Lang und knochendürr, zeigte er auch nicht eine Spur von weißer Wäsche, die sonst im amerikanischen Anzug eine Hauptrolle spielt, und der enganschließende braune Rock war so fest zugeknöpft, wie er die schmalen Lippen geschlossen und die kleinen braunen Augen zusammengekniffen hielt. Auch den hohen schwarzen Hut, den er trug und selbst im Saal nicht absetzte, hatte er sich tief in die Stirn gedrückt, und es war ordentlich, als ob der Mann so wenig wie irgend möglich von seiner eigenen Person wolle sehen lassen.

„Ein paar merkwürdige Gestalten", flüsterte Hetson seinem Begleiter zu, indem er auf die Beiden deutete. „Welch verschiedene Menschen das Schicksal doch oft zusammenführt!"

„Nicht wahr?" lächelte Siftly; — „komm, wir wollen einmal an ihren Tisch treten; ich habe den Beiden übrigens schon manchen Dollar abgewonnen, und ich glaube fast, es sind eben nicht die geriebensten Spieler im Saal — scheinen auch keine besonderen Geschäfte zu machen.

Ohne weiter die Zustimmung des Freundes abzuwarten, blieb er neben dem Tisch stehen, nahm eine Hand voll Dollars aus seiner Tasche und setzte sie auf die nächste Karte. Ein weiteres Wort wurde dabei nicht gewechselt, die Spieler zogen die Karten ab — und Siftly hatte gewonnen.

„Versuch' Du es einmal, Hetson", ermunterte er diesen „Wer weiß, was Dir in Kalifornien noch für ein Glück blüht, und den ersten Tag am Lande sollte man nicht ungenutzt vorübergehen lassen."

Hetson zögerte. Er hatte bis dahin wirklich noch nie gespielt; das viele Gold aber überall auf den Tischen, das lockende Klingen der Münzen, der rasche Gewinn des Freundes vielleicht, das Alles reizte ihn, der Aufforderung Folge zu leisten. Er nahm also einen halben Adler — ein Fünf-Dollar-Goldstück — aus der Tasche, setzte es auf eine Karte und — gewann.

„Laß es stehen", flüsterte sein Gefährte ihm zu; „die Sache geht —"

führer der Meinung war, daß Massenmaßregelungen erfolgen würden, und dann eine erhebliche Schädigung der Arbeiterinteressen eintreten könne, indem die Gewerkschaften in ihrer Finanzkraft geschädigt würden.

Daß diese Befürchtungen unbegründet waren, bewies der Verlauf an den Orten, wo die Arbeitsruhe in größerem Umfang eintrat als in den Vorjahren. In Berlin z. B. waren die Vormittagsversammlungen nie so überfüllt, und doch hörte man nie so wenig von Maßregelungen infolge der Maifeier wie in diesem Jahre.

Die Neigung zu Massenaussperrungen wächst. Am 29. März war der „Vorwärts" in der Lage, den im Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband ausgeklügelten und den Scharfmachern in ganz Deutschland unterbreiteten Plan, nach welchem Maßregelungen nach dem Anfangsbuchstaben des Namens der Arbeiter vorgenommen werden sollen, der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Mit der steigenden Mitgliederzahl der Gewerkschaften wachsen auch die Unternehmerverbände und beschwören heftige Kämpfe herauf. Bei fast allen großen Kämpfen stehen die Arbeiter nicht mehr dem einzelnen Unternehmer, sondern immer großen Kapitalistenorganisationen gegenüber, die förmlich mit Massenaussperrungen spielen. Wie 1900 der kleine Nieterstreik in Hamburg zur Aussperrung der Werftarbeiter und 1903 der Streik in einer Fabrik in Krimmitschau zur großen Aussperrung führte, so scheint jetzt das Unternehmertum bald jeden Streik mit Aussperrungen zu beantworten. In kurzen Zeiträumen folgten die Aussperrung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen und der dadurch hervorgerufene Bierboykott, die Aussperrung der Werftarbeiter an der Unterweser, die Aussperrung der Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen, die Aussperrung der Metallarbeiter in Bayern, die Aussperrung der Textilarbeiter in Sachsen usw. Diese Kämpfe beweisen, daß die Scharfmacherorganisationen auch ohne Maifeier Vorwände zu Aussperrungen und Massenmaßregelungen finden. Es ist eben der unverme dliche Kampf um das Koalitionsrecht der Arbeiter. Will man Massenmaßregelungen vermeiden, dann gibt es nur zwei Auswege: entweder die Arbeiter verzichten auf alle politischen und wirtschaftlichen Rechte, oder sie suchen ihre Organisation so so stärken, daß jeder von den Unternehmern heraufbeschworene Kampf mit einer Niederlage der Unternehmer endet.

Immer größere Bedeutung erlangt die Maifeier als Demonstration der Arbeiterklasse gegen den Krieg und gegen die wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Land. Je mehr und je demonstrativer die Arbeiterklasse aller Länder den Gedanken der Völkerverbrüderung zum Ausdruck bringt, um so schwieriger wird es, die bei Begründung von Heeres- und Flottenvorlagen nötigen Argumente zu finden. Scheinbar gespannte Situationen werden von den Diplomaten geschaffen, wenn man große Summen für Rüstungen aus den Völkern herausschlagen will. Wenn aber der durch die Maifeier propagierte Gedanke der Völkerverbrüderung in den Augenblicken, wenn die Staatsmänner Kriegsfurcht oder Kriegsgeschrei gebrauchen, recht demonstrativ zum Ausdruck kommt, dann können die schönsten Pläne der Staatsmänner gestört werden.

Nachdem der Bericht noch über einige besonders bemerkenswerte Ereignisse des Geschäftsjahres, wie über die Friedensdemonstrationen in Konstanz und Berlin, wo man bekanntlich den Genossen Jaurés auf „feine" Art und Weise die Stadttore verschloß, den Kölner Gewerkschaftskongreß, den Bergarbeiterstreik, die Unterstützung der Opfer der russischen Revolution usw. sich ausgesprochen, kommt er auf das Thema: Parteipresse.

Die Parteipresse hat sich im abgelaufenen Berichtsjahre vorzüglich entwickelt. Am 1. Oktober feierte die „Leipziger Volkszeitung" ihr zehnjähriges Bestehen. In der Jubiläumsnummer wurde ein Rückblick auf die Entwicklung der Zeitung geworfen und nachgewiesen, wie durch unermüdliche Arbeit ein Blatt von großem Einfluß geschaffen werden kann. Als der verstorbene Genosse Schoenlank dem Parteiorgan seine jetzige Gestalt gab, wurde es vielfach für ein gewagtes Unternehmen gehalten. In den ersten neun Jahren erforderte das Blatt erhebliche Zuschüsse, die aber aus den Erträgen der Druckerei und des Buchhandels gedeckt wurden. Aber im Jubiläumsjahre brachte das Blatt selbst Ueberschüsse. Es hat jetzt eine Auflage von über 36 000 Exempl. erreicht.

Im Ruhrrevier stehen die „Dortmunder Arbeiterztg." und das „Bochumer Volksblatt" auf einem exponierten Posten. Dort kommen die gewaltigen Kämpfe nicht mehr zum Stillstand. Noch war die Erregung, die der Bergarbeiterstreik brachte, groß, da kam die Aussperrung der Brauereiarbeiter und der Bierboykott. Kaum war dies vorbei, so folgte die Aussperrung der Bauarbeiter.

Wo so große Kämpfe die Bevölkerung in Erregung halten, werden hohe Anforderungen an unsere Parteiorgane gestellt. Sie sind der Anwalt der Arbeiter vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung. In diesen Kämpfen haben unsere Parteiorgane voll ihre Pflicht erfüllt. Daß dieses von den Arbeitern anerkannt wird, zeigen die rapid steigenden Abonnentenziffern.

Was durch intensive Agitation erreicht werden kann, das haben auch unsere schlesischen Genossen bewiesen. Die „Breslauer Volkswacht", die früher lange Zeit großer Zuschüsse bedurfte, hat sich in kurzer Zeit einen Abonnentenstand von 20 000 Exemplaren erobert. Die Kopfblätter, von denen am letzten Juli 1904 noch die „Posener Volkszeitung", „Schlesische Volkswacht" und „Wahrheit" bestanden, sind eingegangen und durch die sechsmal wöchentlich erscheinende „Volkswacht" ersetzt worden. Wenn hierdurch auch schon der Abonnentenstand wuchs, so reichte dieses jedoch noch nicht, um den jetzigen Abonnentenstand zu erreichen; denn das Hauptblatt und die Kopfblätter zusammengenommen, hatten bei weitem noch nicht so viel Abonnenten, als jetzt die „Volkswacht" hat. Sonntag für Sonntag sind dort die Genossen losgezogen, um Abonnenten zu suchen, und fast jede Agitationstour brachte einen Gewinn von mehreren Hundert neuen Abonnenten.

An neuen Tageszeitungen entstanden für das Saarrevier die „Saarwacht" und in Mülhausen i. E. erwachte die durch den Diktaturparagraphen totgeschlagene „Elsaß-Lothringische Volkszeitung" als „Mülhausener Volkszeitung" zu neuem Leben.

Am 1. Januar ging der Zeitschriftenverlag und die Buchdruckerei von J. H. W. Dietz Nachfolger in Stuttgart in den Besitz des Genossen Paul Singer über. Seit dem 1. Oktober wird das „Volksblatt" in Harburg in eigener Druckerei hergestellt, auch die „Pfälzische Post", die bisher in Mannheim gedruckt wurde, wird nun in eigener Druckerei in Ludwigshafen hergestellt. Die Genossenschaftsdruckerei in Halle bezog am 20. Februar ein eigenes Heim, in dem neben der Druckerei, Redaktion und Expedition des „Volksblattes" auch das Arbeitersekretariat untergebracht ist. In einer größeren Anzahl von Orten ist man dabei, für die Parteiblätter eigene Druckereien zu beschaffen. Im neuen Gewande und größerem Format erscheinen das „Volksblatt für Saalfeld und das „Volksblatt für Kassel".

In demselben Verhältnis, wie die Gewerkschaftsbewegung sich entwickelt hat, entwickelte sich auch die Gewerkschaftspresse. Die „Metallarbeiterzeitung" erscheint in einer Auflage von nahezu einer Viertelmillion. Andere Gewerkschaftsblätter, wie der „Grundstein", die „Bergarbeiterzeitung", die „Holzarbeiter Zeitung", der „Textilarbeiter" usw., haben die Auflage von 100 000 überschritten oder nahezu erreicht. Neben diesen Lichtseiten sind auch einige Schattenseiten zu erwähnen.

Sehr zu bedauern sind die Formen, in denen oft in der Parteipresse Meinungsverschiedenheiten zum Austrag gebracht wurden. Jede sachliche Diskussion trägt dazu bei, das Denken der Leser zu schärfen und unsere Grundsätze zu erweitern und zu vertiefen. Mehrfach haben Genossen die sachliche Diskussion verschmäht und sind zum persönlichen Streit übergegangen. Dieser schließt jede sachliche Diskussion aus. Es war manchmal aus den Artikeln nicht mehr zu ersehen, daß die Streitenden als treue Kameraden im Kampf für die Befreiung des Proletariats kämpfen, sondern man konnte eher annehmen, daß sich die Genossen gegenseitig als lästige Konkurrenten betrachten, die glaubten, sich in der Achtung herabsetzen zu müssen. Bei einigen solchen Kämpfen wurde der Parteivorstand genötigt, einzugreifen. Der erste Fall war ein Nachspiel zum Bremer Parteitag. Während des Parteitages hatte die „Leipziger Volkszeitung" einen heftigen Angriff gegen Genossen Südekum gebracht. Gegen diese Schreibweise wendeten sich zwei Anträge des Bremer Parteitages. Bevor diese Anträge zur Verhandlung kamen, traf eine Erklärung der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" ein, in welcher die Gesamtredaktion erklärte, daß sie den Druck der Notiz verhindert hätte, wenn sie die Notiz vor dem Druck gesehen hätte, und der Verfasser nahm die Notiz unter Ausdruck des Bedauerns zurück. Dadurch schien die Angelegenheit erledigt. Aber in unmittelbarem Anschluß an den Parteitag griff die „Leipziger Volkszeitung" die 116 Genossen sehr heftig an, welche den Antrag Gruenwaldt unterzeichnet hatten. Daneben entwickelte sich ein besonders heftiger Streit der „Leipziger Volkszeitung" mit dem vom Genossen Bernstein herausgegebenen „Neuen Montagsblatt", in welchen eine Anzahl früherer Vorgänge hineingezogen wurden. Sowohl vom Genossen Mehring wie vom Genossen Bernstein wurde der Parteivorstand angerufen, einzelne in diesem Streit gefallene Behauptungen zu untersuchen. Der Parteivorstand lehnte beide Gesuche, soweit sie sich auf die Untersuchung und Beurteilung früherer Vorgänge bezogen, ab und veröffentlichte sein Urteil in der zuständigen Presse. Auch in späteren Konflikten zwischen einzelnen Preßorganen oder Preßorganen und der Fraktion wurde der Vorstand veranlaßt, einzugreifen. Die Vorgänge sind der Partei ebenfalls durch die Publikation des Vorstandes bekannt geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Die städtischen Gasarbeiter Rixdorfs haben am Donnerstagabend den Streikbeschluß gefaßt. Wie mitgeteilt, hatten die Arbeiter dem dortigen Magistrat ein Ultimatum bis Donnerstagmittag 12 Uhr gestellt und mitgeteilt, daß sie in einer Nichtbeantwortung ihrer Forderungen bis dahin eine Ablehnung derselben erblicken würden. Da ein Bescheid ausgeblieben, antworteten die Arbeiter mit dem Streikbeschluß. Auf Anraten einiger sozialdemokratischer Stadtverordneten soll im Verein mit diesen der Arbeiterausschuß noch eine Besprechung beim Bürgermeister abhalten; verläuft auch diese Aussprache resultatlos, gilt der Streik als perfekt.

Zum Bauarbeiterstreik in Essen. Durch Massendemonstration der ausständigen Bauarbeiter gegen die Arbeitswilligen im Essener Bezirk sind, der „Voss. Ztg." zufolge, sämtliche Streikbrecher zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt worden. Die Italiener sind abgereist. Bravo!

Der Bergarbeiterstreik in Fünfkirchen ist beendet.

Aus Nah und Fern.

„Deutschtum heißt Kultur ...." Ueber das Schulelend in der Provinz Posen sind der „Voss. Ztg." aus Pakosch im Regierungsbezirk Bromberg folgende Zeilen zugegangen: „Hier werden gegenwärtig achthundert Kinder von sage und schreibe fünf Lehrern unterrichtet. Die Kinder sind in geteilten Schulräumen untergebracht, da einige Klassen in einem früheren Kloster und 3 Klassen in Privathäusern unterrichtet werden. Die Schule ist katholisch und wird zu neun Zehnteln von Polenkindern besucht, die erst für den deutschen Unterricht besonders behandelt werden müssen. Man kann sich danach ein Bild von der Aufgabe der Lehrer und von der Leistungsfähigkeit der Schule machen. Aber die Schulväter haben trotzdem 160 Prozent Schulbeiträge aufzubringen und es kann für sie nur ein schwacher Trost sein, daß neben der katholischen Schule noch eine evangelische Schule besteht, bei der die Lehr- und Lernverhältnisse um vieles günstiger liegen, so daß nur 60 Prozent Schulbeiträge zu zahlen sind." — Da es sich hier um den Schulunterricht bei Polenkindern handelt, so liegt für die Regierung doppelt Veranlassung vor, sich dieser wichtigen Kulturaufgabe anzunehmen. Wie lautete doch die in Gnesen kürzlich gehaltene Rede u. a.: Deutschtum heißt Freiheit, heißt Kultur 2c.

Ein schlagfertiger Major. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt wurde der Bataillonskommandeur des 15 Inf.-Rgts., Major Max Huber, vom Kriegsgericht der 2. Division in Augsburg zu vierzehn Tagen Stubenarrest verurteilt. Die bei voller Oeffentlichkeit geführte Verhandlung ergab, daß der Angeklagte den ihm als Ordonnanz zugeteilten Soldaten Münzhuber zweimal ins Gesicht geschlagen hatte, wodurch einmal Nasenbluten entstand; außerdem hatte er ihn in zahlreichen Fällen durch gewisse militärische Kraftausdrücke beleidigt. So etwas tut ein Offizier, der den Vorgesetzten der „niederen" Grade mit gutem Beispiel vorangehen soll!

Es wurde wieder abgezogen, aber die Karte verlor diesmal.

„Ich würde auf das Aß setzen", sagte Siftly.

„Ich habe zu der Sieben mehr Vertrauen", meinte Hetson und setzte jetzt zehn Dollar auf diese Karte. Wieder und wieder verlor er aber, und fünfzig Dollars waren in wenigen Augenblicken aus seinem Besitz in den der beiden Spieler übergegangen.

„Das weiß der Henker", flüsterte Siftly mit einem noch kräftigeren Fluch — „ich glaube, die beiden Halunken betrügen doch; aber warte, ich werde ihnen auf die Finger passen. Setz' jetzt fünfzig auf den Reiter — der hat dreimal hintereinander verloren und muß gewinnen."

„Ich danke", erwiderte aber ruhig der junge Mann — „ich habe Dir jetzt den Willen getan und für mich selber Lehrgeld genug bezahlt. Den beiden Herren dort gönne ich meine fünfzig Dollars, aber ich habe weiter kein Geld für sie und werde nicht mehr spielen."

„Unsinn", rief aber Siftly, „Du wirst ihnen doch nicht die fünfzig Dollars lassen, ohne wenigstens einen Versuch zu machen, sie wieder zu bekommen?"

„Gewiß werd' ich", erwiderte Hetson, indem er sich von dem Tische abwandte, „denn der Versuch könnte mich mehr als das kosten. Aber was ist das für ein wunderbarer Ton, der auf einmal den Saal erfüllt? Erst noch dieses schauerliche Lärmen mit allen möglichen Blas- und Streich-Instrumenten, und jetzt plötzlich diese himmlische Melodie. Wie kommt diese Musik in solche Spielhölle?"

„Hm", brummte Siftly, der indessen, ohne daß Hetson es merkte, mit dem magern Spieler einen raschen und verstohlenen Blick gewechselt hatte, indem er verdrießlich mit den Dollars in seiner Tasche klimperte; „das ist das spanische Mädchen, das hier alltäglich zwei Stunden spielt — eine Stunde nachmittags und eine Stunde abends. Sie heißt, glaube ich, Manuela: mir könnte ihr Gefiedel aber nicht besonders behagen, und unsere Landsleute machen sich auch nichts draus. Die Sennores sind jedoch wie toll dahinter her, und so wie sie anfängt, wird der Saal immer gleich bunt von ihren farbigen Zarapen. Siehst Du, wie sie dort schon hereinkommen? — Denen zu Liebe läßt man es sich also schon so kurze Zeit gefallen, denn die Burschen haben meist alle Gold und sind alle leidenschaftliche Spieler."

Hetson blieb wie gebannt auf seiner Stelle, so mächtig ergriff ihn das Spiel des spanischen Mädchens, das er jetzt oben auf der Tribüne mit einer Violine stehen sah. Die übrigen „Musici" mochten auch wohl fühlen, daß ihre Instrumente nicht würdig waren, dieses seelenvolle Spiel zu begleiten, und lautlos horchten sie den Tönen, die wie aus den Saiten einer Aeolsharfe die Luft durchzitterten. Aber auch nur sie da oben, in unmittelbarer Nähe der Künstlerin, konnten einen Genuß davon haben, denn unten im Saal wogte indessen die Menschenmasse ebenso laut und lärmend durcheinander wie vorher. Was kümmerte sie die fremde Melodie! Und wenn es Engelsharfen gewesen wären, — das Klimpern des Goldes hatte für sie einen besseren Klang.

„Hetson," sagte da endlich ungeduldig der Amerikaner, „ich glaubte, Du hättest mir etwas sagen wollen. Dem Gefiedel da oben zu lauschen habe ich weder Zeit noch Lust, und wenn Du doch einmal nicht mehr spielen willst, so rück' heraus mit dem, was Du hast, oder ich gehe meiner Wege."

„Du hast Recht," sagte Hetson rasch, indem er seinen Arm ergriff und ihn dem Eingang zuzog — „ich war ein Tor, mich nur so lange, als ich getan, diesen fremden Eindrücken hinzugeben. Komm mit mir ins Freie, und Du sollst alles wissen."

„Hoho, hast Du schon Geheimnisse, und kaum den Fuß auf unsern Boden gesetzt?" lachte Siftly.

„Geheimnisse gerade nicht, wenn ich Dich auch bitten werde, mit Niemandem weiter darüber zu sprechen," sagte Hetson, während er mit einiger Mühe der Tür zu drängte und endlich das Freie gewann; „aber ich brauche Deinen Rat, und den wirst Du mir nicht versagen."

Die beiden Männer hatten jetzt die Plaza wieder betreten und schritten langsam Arm in Arm über den offenen Platz, das ärgste Gedränge der hier auf und ab wogenden Menschen an den Häusern und Zelten zurücklassend. Als sie etwa die Mitte desselben erreicht hatten, blieb Hetson stehen und sagte:

„Existiert hier ein Platz, wo man die Fremdenlisten einsehen kann?"

„Fremdenlisten?" fragte Siftly erstaunt — „was willst Du mit denen? Und wer bekümmert sich hier eigentlich um Die, die kommen oder gehen?"

„Werden überhaupt Fremdenlisten geführt?"

„Ich glaube, ja. Wenn man auch die Leute selber nicht mit Fragen belästigt, müssen wenigstens die Kapitäne, so viel ich gehört habe, ihre Passagierlisten einreichen. Nur über die Tausende, die aus den Staaten über die Berge kommen, wird aus dem einfachen Grunde keine Kontrolle geführt, weil das unmöglich wäre."

„Die Schiffslisten genügen," sagte Hetson rasch, „und wo kann ich die einsehen?"

„Ich glaube im Courthouse, wo ein Fremdenbureau errichtet ist, oder errichtet werden soll. Aber Du fürchtest doch nicht etwa einen Gläubiger? Hahaha, der müßte viel Geld mit herbringen, wenn er in jetziger Zeit eine derartige Klage gegen einen Amerikaner durchsetzen wollte. Ja, wenn Du ein Fremder wärst. Außerdem bist Du, so viel ich weiß, Advokat und —"

„Es ist kein Gläubiger," unterbrach Hetson finster den Redenden, „und die Sache, in der ich Dich um Deinen Rat bitten wollte, betrifft weder Geld noch Geldeswert, sondern die Ruhe meines ganzen Lebens."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.